

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Pettzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Vorwärts.

Was steht ihr da, die Hände
Starr liegend in dem Schoß.
Was sticht ihr an die Wände
Und trinkt um euer Loos?
Auf, sich zur Tat entschlossen!
Vorwärts — euch winkt ein Ziel!
Halt' keiner sich verdroffen,
Bis ankerfest sein Ziel.

Wer nicht mag Hand anlegen,
Der hat kein Recht auf Klag'.
Den Feigen und den Trägen
Bleib': „Kommt, was kommen mag.“
Der Mann, so fest wie Eisen
Denkt selber sein Geschick.
Er wird den Spruch beweisen:
Vorwärts! — Doch nie zurück!

Ja, vorwärts, aufwärts immer,
Das ist des Lebens Pflicht,
Und der ein Wicht, ein Schlimmer,
Der ander Ziel verflucht.
Die Erde kennt nicht Ketten,
Kastlos kreist sie die Bahn.
Das wären ihr Todesmetten,
Wollt' sie der Ruhe nah'n.

Wo bliebe da der Morgen,
Wiel an der Nacht er fest?
Wer wollt' der Zukunft sorgen,
Wleibt jeder seinem Nest?
Auf, sich zur Tat entschlossen!
Vorwärts — es winkt ein Ziel,
Halt' keiner sich verdroffen,
Bis ankerfest sein Ziel.

Paul Körber, Eibersfeld.

Auf zur Hausagitation!

Unser Verbandstag in München hat an alle Ortsgruppen und Mitglieder den Auftrag hinausgehen lassen, in den kommenden Wintermonaten eine planmäßige und nachdrückliche Hausagitation durchzuführen. An die Ausführung dieses Auftrages muß jetzt auf der ganzen Linie praktisch herangetreten werden. In einer Reihe von Ortsgruppen sind die Vorarbeiten schon in Angriff genommen, wo es noch nicht geschehen ist, darf nicht mehr gezögert und geögert werden. Einige Winke zur Durchführung dieser Aktion dürften angebracht sein, gleichzeitig aber auch der dringende Wunsch, daß sie überall beherzigt werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß mit öffentlichen Versammlungen keine oder doch nur wenige Mitglieder zu gewinnen sind. In den allermeisten Städten und Bezirken ist es mit den Fabrik- und Werkstattversammlungen ebenso. Der Boden ist „abgegrast“, die Versammlungen ziehen nicht mehr. In der Regel erscheinen nur die organisierten Kollegen und von diesen auch nur stets ein und dieselben, während gerade diejenigen fehlen, für die die Versammlungen arrangiert werden, nämlich die Unorganisierten. In der gegenwärtigen Zeit der Krise tritt das noch besonders kraft in die Erscheinung. Eine ebenso unumgängliche wie unbegründete Furcht hält die Indifferenten von jeder Annäherung an die Gewerkschaften zurück. Die Vorgesetzten fürchten sich vor irgend einem unbestimmten Etwas, was gar nicht vorhanden ist. Daß eine solche Furcht und Feigheit eines ehrlichen Arbeiters und bestenfalls Mannes unwürdig ist, darüber herrscht bei selbstbewußten Standesgenossen wohl kein Zweifel.

Kommt nun Mohammed nicht zum Berg, so muß der Berg eben zu Mohammed gehen. Die Gewerkschaften müssen an die einzelnen Indifferenten heranzukommen suchen. Da kommt zunächst die bisher übliche Einzelagitation von Mund zu Mund in Frage. Diese

Agitationsart hat aber auch ihre Schwächen und Schattenseiten. Vor allem fehlt es an der genügenden Zahl eifriger Kollegen, die bei dieser Arbeit beharrlich mit- tun. Es muß leider gesagt werden, daß der Agitationseifer in mancher Zahlstelle erlahmt ist, in andern glaubt man alles dem freigesetzten Beamten überlassen zu können. Daß dies grundsätzlich ist, bedarf wohl kaum noch einer langen Begründung. Die Arbeit des Beamten ist agitatorisch erfolglos, wenn er keine Indifferenten in die Versammlungen bekommt, und dann auch noch von den Kollegen in der Kleinarbeit in Stich gelassen wird. Er kann nicht in die Werkstätten hinein, er hat keine Gelegenheit, täglich auf den einzelnen Unorganisierten einzuwirken.

Dann ist aber auch mit der Agitation von Mund zu Mund die Gefahr der Maßregelung für unsere Agitatoren häufig verbunden. Manche unserer Kollegen operieren auch zu ungeschickt, geben sich Blößen, und kommen so oft ins schwarze Buch, was sie bei klugem Taktieren ganz gut hätten vermeiden können. Hinzu kommt auch noch, daß wir noch lange nicht in allen Buben und Werkstätten vertreten sind, so daß wir an die dort Beschäftigten nicht herankommen können.

Diesen Schwächen und Hindernissen können wir durch eine planmäßige Hausagitation am besten begegnen. Die Gefahr der Maßregelung oder sonstiger Sanktionen ist hier nicht vorhanden. Auf diese Art können wir auch an jeden unorganisierten Arbeiter herankommen.

Dann ist uns bei der Hausagitation ein besonders wichtiger Vorteil geboten, nämlich die Aufklärung der Frauen über unsere Bestrebungen und in diesem Sinne auf sie einzuwirken. In ungezählten Fällen ist die Frau bekanntermaßen das Hindernis, das den Mann von der Mitarbeit in der Organisation abhält. Die betr. Männer verstehen es nicht, ihre besseren Hälften von der Notwendigkeit und dem großen Nutzen des Verbandes zu überzeugen. Die Frau beurteilt dann die Gewerkschaft wie die gemeinschädlichen Klimbin- und Vergnügungsvereine, die dem Mann nur Geld kosten, dem Haushalt aber nichts einbringen, es seien denn Kummer und Sorge und Uneinigkeit in der Familie. Bei der Hausagitation ist die Gelegenheit geboten, der Frau den gewaltigen Unterschied zwischen Verband und Klimbinvereinen klar zu machen, ihr zu zeigen, daß es gerade im wohlverstandenen Interesse von Frau und Kindern liegt, wenn der Mann dem Verbands als treues Mitglied angehört. Es muß der Frau zum Bewußtsein kommen, daß ihr Mann sich an der Familie selbst verläßt, wenn er als Unorganisierter plan- und ziellos in den Tag hineinlebt. Schon dieser Gesichtspunkt allein muß uns den Wert der Hausagitation deutlich erkennen lassen.

Unerläßliche Vorbedingung für den Erfolg ist aber eine planvolle, systematische Voraarbeit und gewissenhafte Durchführung. In den Bereichen unseres Verbandes sind ja schon Hausagitationen durchgeführt worden, aber u. U. nicht in der richtigen Weise. Die Vorbereitungen waren zu oberflächlich, die Aktionen waren zu groß angelegt, gingen nicht genug ins Einzelne. Gewöhnlich war den einzelnen Vertrauensmännern (Hausagitatoren) zu viel aufgeladen, um die Sache mit der nötigen Gründlichkeit ausführen zu können. Es muß mehr System und Gründlichkeit hinein, wenn die ganze Arbeit Erfolg haben soll.

Ein für jeden Ort Erfolg versprechendes Schema läßt sich nicht gut aufstellen, die Hausagitation muß sich den örtlichen Verhältnissen in den Einzelheiten anzupassen suchen. Folgende allgemeinen Fingerzeige dürften jedoch überall Beachtung verdienen und praktischen Wert haben:

Die örtlichen Vorstände betrauen zunächst eine Vertrauensmännerei ein, zu der auch noch andere eifrige Verbandskollegen schriftlich einzuladen sind. Die gewöhnliche Zahl der Vertrauensmänner dürfte nämlich in der Regel nicht genügen, es müssen da weitere Hilfskräfte herangezogen werden. Dann

ist das zunächstliegende und wichtigste das Sammeln von Adressen. Zu diesem Zwecke werden an alle Kollegen Notizbücher oder extra dazu bestimmte Adressenbücher ausgegeben. Darauf sind alle für uns etwa in Betracht kommenden Adressen genau aufzuzeichnen. Aber nicht allein die trockene Adresse, sondern auch Beruf, wo beschäftigt und welche wahrscheinlichen Gründe den Betreffenden bisher von der Organisation ferngehalten haben; ob die Frau davon schuld ist, ob er vielleicht aus Furcht vor dem Unternehmer oder vor dem Druck der Genossen fernblieb, ob kurzfristiger Egoismus oder Vergnügungssucht vorliegen usw.

Wo sollen die Adressen gesammelt werden? Antwort: Überall! Vor allem einmal durch die Verbindungen im Arbeitsverhältnis. Ferner aus dem Familien- und Verwandtenkreise sowie aus allen Vereinen, die unseren Kollegen in der Beziehung zugänglich sind. Natürlich auch aus den konfessionellen Arbeitervereinen, aber es ist nicht angängig, sich auf diese in der Hauptsache zu verlassen und sich darauf zu beschränken. Wie das Resultat der gemeinsamen Aktion zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen vor zwei Jahren gezeigt hat, ist die übergroße Mehrzahl der Arbeitervereinsmitglieder für die Gewerkschaften nicht zu haben. Wir handeln nur klug, wenn wir unsere Hoffnungen nach der Richtung hin um einige Böcher zurückstellen. Verlegen wir uns bei der kommenden Winteragitation mit dem Hauptnachdruck auf jene unorganisierten Kollegen, die noch keinem christlichen Verein angehören, und deren gibt es noch Tausende und Abertausende. Bei gutem Willen und rühriger Arbeit wird die genügende Anzahl von Adressen in jeder Ortsgruppe zu beschaffen sein.

Ist diese Arbeit dann soweit vorgeschritten, dann werden die Adressen vom Vorstand gesammelt und straßenweise in kleine Gruppen auf einer Liste eingetragen, oder man heftet die einzelnen Blätter zusammen. Je zwei Kollegen — ein Vertrauensmann mit einem „Hilfsarbeiter“ — übernehmen dann eine solche kleine Gruppe, die 4, 5 oder höchstens 6 Namen aufzuweisen hat. Die sind nun aufzusuchen. Zuerst kann ihnen das vorliegende Agitationsmaterial, Flugblätter usw., ausgehandigt werden, gleichzeitig muß aber auch die mündliche Aufklärung einsehen. Der Besuch muß dann so oft wiederholt werden, bis der Erfolg da ist oder das offensichtliche Resultat, daß tatsächlich alles vergebens ist. Die beharrlichsten und eifrigsten Agitatoren werden zweifellos am erfolgreichsten sein.

Nach dem ersten allgemeinen Vorstoß ist wieder eine Vertrauensmännerei einzuberufen, wo die gemachten Erfahrungen gegenseitig ausgetauscht und der zweite Ansturm vorbereitet wird. So muß es weitergehen, bis der Erfolg da ist.

Das verlangt natürlich große Arbeitsfreudigkeit und Beharrlichkeit. Aber wo sind einmal Erfolge ohne Opfer zu verzeichnen gewesen? Am allerwenigsten in der gewerkschaftlichen Agitation. Und jetzt heißt es besonders alle Kräfte anspannen, wo durch die wirtschaftliche Krise eine Stagnation im Gewerkschaftsleben eingetreten ist. Die unumgängliche Furcht und Feigheit der indifferenten Masse muß bekämpft und jedem einzelnen Arbeiter Berufsstolz und Standesbewußtsein eingepflegt werden. Das ist gegenwärtig die bedeutungsvollste Mission der organisierten Kollegen. Dann bietet uns die Hausagitation die günstigste Gelegenheit; benutzen wir sie dazu. Alle Vertrauensmänner und rührigen Kollegen werden sich jetzt hoffentlich mit Freude und Begeisterung zur Verfügung stellen, unbeirrt aller Gegenströmungen und Schwierigkeiten. Jetzt heißt es handeln nach dem schönen Distich:

Laß den Schwächling angstvoll zagen,
Wer um Hohes kämpft, muß wagen,
Leben gilt es oder Tod!
Laß die Wogen donnernd brand'n,
Nur bleib immer, magst du landen,
Oder scheitern, selbst Pilot.

Unternehmer und Arbeitsnachweis.

Die Unternehmer, resp. ihre Organisationen benutzen eine Reihe von Mitteln, um die aufwärtsstrebenden Arbeiter niederzuhalten und unumschränkt derselben im gewerblichen Arbeitsvertrag zu bleiben. Zu einer der wirksamsten Waffen gehört die Arbeitsvermittlung, oder besser gesagt: Der Arbeitsnachweis. Die führenden Kreise im Unternehmerlager haben sich seit jeher die erdenklichste Mühe gegeben, die Arbeitsnachweise vollständig unter ihre Herrschaft und Vollmacht zu bringen. Zur Zeit ist die Frage wieder besonders aktuell geworden und wird in den Unternehmerblättern lebhaft erörtert. Veranlassung hierzu bietet die zu Beginn des Monats September in München stattgefundene, vom Verein deutscher Arbeitgeber-Vereine einberufene Arbeitsnachweis-Konferenz.

Es muß die Leiter der Arbeitgeber-Verbände wenig angenehm berührt haben, daß namhafte Sozialpolitiker in der jüngsten Zeit mehrfach die Schaffung eines Reichsgesetzes betr. den Arbeitsnachweis, nach welchem letzterer zu einem öffentlichen Institute erhoben werden soll, verlangten. Bei den nicht immer geraden Wege unserer Arbeitgeber-Verbände kann deren die obligatorische Einführung des staatlichen oder kommunalen Arbeitsnachweises nicht einerlei sein. Will doch der Besitz des Arbeitsnachweises bei wirtschaftlichen Kämpfen in der Hand dieser oder jener Partei eine nicht zu unterschätzende Waffe.

Nicht gering sind deshalb auch die Kämpfe, die zwischen Arbeiter und Arbeitgeber um den Besitz des Arbeitsnachweises ausgefochten wurden. Auf Seiten der Arbeiter haben sich die Gewerkschaften des öfteren gegen die Anerkennung der Verbände-Arbeitsnachweise wehren müssen. Erinnert sei nur an die schweren Kämpfe, die dieserhalb in Hamburg, Berlin usw. geführt wurden.

Der einseitige Arbeitsnachweis ist nicht in der Lage, den Wünschen, die von beiden Seiten laut werden, zu entsprechen; von dieser oder von der anderen Partei werden immer neben den prinzipiellen Bedenken auch sonstige zu äußern sein. Gleichwohl läßt sich nicht leugnen, daß der Besitz des einseitigen Arbeitsnachweises, besonders dann, wenn dieser eine Monopolstellung einnimmt, sein Interesse stets gewahrt findet. Das hat niemand besser eingesehen als die Arbeitgeber-Verbände. Deshalb ist doch die Übertragung aller Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeitgeber. Doch gibt weniger diese Tatsache den Nachweisen der Arbeitgeber ihr besonderes Gepräge, als die starke Verknüpfung gerade derjenigen Arbeitsnachweise, die von Arbeitgeber-Verbänden ins Leben gerufen wurden. Während im Durchschnitt auf den öffentlichen, partikularen Arbeitsnachweis pro Jahr 1376 Vermittlungen entfallen, weisen die Arbeitgeber-Nachweise eine Durchschnittsziffer von 7886 auf. Damit ist auch die ungeheure Macht gegeben, die in etlichen Gegenden die Arbeitgeber-Verbände auf die Arbeiterschaft auszuüben vermögen.

Kommt es nun zu einem Arbeitsnachweis-Gesetz, welches den Arbeitsnachweis für ein öffentliches, paritätisches Institut erklärt, so bedeutet das eine Minderung des Einflusses der Arbeitgeber-Verbände auf die Arbeiter-Verhältnisse. Da braucht es nicht wunderzunehmen, wenn die Scharmacher frühzeitig vorzogen. Das Bestreben der Arbeitgeber-Verbände geht nach der Münchener Konferenz weniger dahin, einem Arbeitsnachweis die Wege zu bahnen, der beide Teile, Arbeiter und Arbeitgeber befriedigt, als vielmehr die Unzulänglichkeit des gemeinnützigen, öffentlichen Arbeitsnachweises klarzulegen und die Errichtung der einseitigen Arbeitgeber-Nachweise zu fördern. Die Konferenz hat sich einstimmig für die Errichtung von Nach-

weisen letzterer Art ausgesprochen, deren Benutzung jedem Arbeiter obligatorisch gemacht werden soll. Das ein solches System die Arbeiterschaft einer Stadt oder eines engeren Bezirkes vollständig der Willkür der Arbeitgeber preisgibt, liegt auf der Hand. Aber auch dieses und nichts anderes will man erreichen.

Den Scharmachern ist das System des einseitigen Arbeitgeber-Nachweises selbstredend das gerechteste. Und nach ihrer Meinung gibt es auch nichts notwendigeres als die weitere Schaffung solcher. Sollen die öffentlichen, paritätischen doch gar nicht ihren Namen verdienen, da sie einseitig im Interesse des Arbeiters handeln. Bewiesen wird das durch die Gepflogenheit der paritätischen Nachweise, die Betriebe bekannt zu geben, in denen Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten bestehen. Auch sollen schon in Zeiten der Hochkonjunktur Arbeiter nach dem Auslande vermittelt sein. Nach Meinung der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist das zum Schaden der „deutschen Industrie“ und ein Bruch der Parität. Da würden denn doch, so schreibt die „Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Nr. 39 vom 27. September d. J.

die Einführung obligatorischer Arbeitsnachweise eine noch viel größere Gefahr für Industrie und Gewerbe bedeuten, als etwa die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise. Bei diesen weiß der Arbeitgeber, der sie benutzt, immerhin, daß sie ausschließlich das Arbeiterinteresse verfolgen, und kann sich darnach richten; bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen aber wird er vielfach der Meinung zuneigen, daß es sich um unparteiische Institutionen handelt, die einzig und allein die Förderung der industriellen und gewerblichen Wohlfahrt bezwecken, während sie in Wahrheit nur versteckte Beihelfer der abgesetzten Gegner des Unternehmertums sind. Errichtet Arbeitgeber-Nachweise, wo solche noch nicht bestehen, und wehret sich mit aller Kraft gegen den Versuch, der Industrie und dem Gewerbe ein Nachweisssystem aufzuzwingen zu wollen, welches den Beweis für seine absolute Unbrauchbarkeit schon a priori erbracht hat.

Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, die Mängel des öffentlichen Arbeitsnachweises zu verteidigen. Für sie steht jedoch das eine fest, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise trotz ihrer Mängel eher geeignet sind, den Interessen des Arbeiters gerecht zu werden, als der einseitige Arbeitgeber-Nachweis. Wenn letzterer eine gewaltige Ausdehnung nehmen konnte und heutzutage der Vermittlungszahl an der Spitze aller Arbeitsnachweisarten steht, so verdankt er das weniger mustergültigen Leistungen inbezug auf die Besetzung der Stellen durch passende Leute als dem Druck, der von Seiten der Arbeitgeber ausgeht, um die Arbeiter zur Benutzung des Nachweises zu zwingen. Die Eigenart der Beschäftigung und die Brauchbarkeit eines Arbeiters kann auf einem Arbeitgeber-Nachweis nicht besser herzustellen werden als auch auf jedem öffentlichen. Darauf kommt es aber auch weniger an.

Wichtiger ist für jeden Arbeitgeber-Verbandsleiter, daß man jeden Arbeiter in der Hand hat und dessen „gute Gesinnung“ entsprechend belohnen kann. Wehe allerdings dem, der an einem Streit teilgenommen oder gar bei solchen in führender Stellung war. Beherrscht in letzteren Falle der Arbeitgeber-Nachweis die Stadt oder den Bezirk, dann kann dieser Arbeiter sein Bündel schnüren. Soweit man aber die mißliebigen Arbeiter nicht entbehren kann, werden sie schon an Stellen untergebracht, wo sie ihre „aufheckerische Tätigkeit“ mit niederen Löhnen, schlechter Arbeit u. dgl. mehr quittieren finden.

Ueber prinzipielle Bedenken stolpern die Scharmacher allerdings nicht. Sie stört es nicht, daß der Arbeiter selbst über seine Arbeitskraft zu verfügen hat, es stört sie auch nicht, im Zeitalter der Gleich-

berechtigung aller Stände, den Arbeiter zum Sklaven der Industriebesitzer zu machen.

Angesichts der lebhaften Bestrebungen der Arbeitgeber in der Arbeitsnachweisfrage haben die Arbeiter alle Ursache, ihre Freiheit und Selbständigkeit zu wahren. Von der Hebermacht der Arbeitgeber-Verbände im Arbeitsnachweiswesen hängt mehr wie das Los eines einzelnen ab; es gilt der Gesamtarbeiterschaft. So hat letztere gewiß alle Ursache an den Ausbau ihrer Gewerkschaft zu denken, der besten Beschützerin ihrer Rechte. Nur durch die Macht und den Einfluß der Arbeiterorganisation wird es möglich sein, die „Freiheit des Arbeitsvertrages“ auch in Prag durchzusetzen.

Der deutsche Bergbau im Jahre 1907.

Bei der nahen Verwandtschaft zwischen Kohle und Eisen ist es auch für unsere Leser interessant, und lehrreich, über den Umfang, wie die Entwicklung des deutschen Bergbaues, näheres zu erfahren. Die Produktion der deutschen Bergwerksbetriebe hat in den letzten Jahrzehnten eine fortlaufende Steigerung erfahren. Nicht weniger als 242,61 Millionen Tonnen Erzeugnisse hat der deutsche Bergbau im Jahre 1907 gefördert. Man macht sich von dieser riesenhaften Menge, schreibt die deutsche Bergwerkszeitung, kaum eine richtige Vorstellung. Der ganze Warenverkehr des Deutschen Reiches ist in Einfuhr und Ausfuhr zusammengekommen noch nicht halb so groß wie die Summe der Bergbauerzeugnisse. Die Brotgetreideernte Deutschlands umfaßt nur etwas über 13 Millionen Tonnen. Wie stark während der letzten 20 Jahre die Förderung im deutschen Bergbau gestiegen ist, das geht daraus hervor, daß 1899 das Quantum der Erzeugung noch nicht 100 000 Tonnen erreicht hatte und daß seit 1897 eine Verdoppelung der Fördermenge eingetreten ist. Besonders stark war der Aufschwung in den Jahren 1899 und 1900, dann wieder 1903 und 1907. Im Jahre 1905 wurde die zweihundertste Million überschritten; die Menge aller Bergbauerzeugnisse stellte sich auf 205,59 Millionen Tonnen. Sie stieg auf 227,15 im Jahre 1906 und auf 242,61 im vergangenen Jahr.

Ausgeschlossen sind für diesen Aufschwung war von allen Zweigen des deutschen Bergbaues der Kohlenbergbau, der mit seiner gewaltigen Fördermenge fünfmal so stark ins Gewicht fällt wie alle anderen Zweige des Bergbaues zusammen. Nicht nur Steinkohlenbergbau, sondern noch mehr der Braunkohlenbergbau war es vor allem, der durch die Steigerung seiner Förderung im Kohlenbergbau in seinem Aufschwung befeuert hat. Noch 1895 förderte der Braunkohlenbergbau noch nicht den dritten Teil der Steinkohlengewinnung, 1907 war es schon weit mehr als die Hälfte. Es stellte sich nämlich die Förderung im 1000 Tonnen von:

	1895	1907
Steinkohle	79 139	137 117
Braunkohle	24 788	54 419
Kohle	103 957	191 537
		205 727

Während die gesamte Kohlenförderung der Menge nach in den letzten zwölf Jahren sich beinahe verdoppelt hat, hat der Verkaufswert am Ursprungsort sich um mehr als das anderthalbfache gehoben. Der Preis der Steinkohle stellte sich 1895 pro Tonne auf 6,81 Mk., 1907 aber auf 9,74, der von Braunkohle 1895 auf 2,34, 1907 auf 2,50 Mk. Der Preis der Tonne Steinkohle ist also unvergleichlich stärker gestiegen als der von Braunkohle. Die Steinkohlenpreise sind in den verschiedenen Förderbezirken sehr voneinander abweichend, doch ist in allen eine Steigerung gegen 1906 ein-

Wanderungen durch die Fabriken der Gegend von Solingen und Remscheid.

Von Karl Kolbach.

II. (Schluß)

Da ist's doch noch viel besser in den Schleifereien, wo die hurtigen runden Steine in wirbelnden Tanzkreisen und die Arbeiter in sitzender Stellung mit geschickten, wohl abgepaßten Handgriffen den zu schleifenden Gegenstand bearbeiten lassen. Dabei entwickelt sich trotz der tiefenden Risse ein prächtiges Schauspiel; denn der rasende Stein reißt von der Oberfläche des Stahls glühend gewordene Teilchen in Menge ab. Sie sprühen und spritzen in tausenden Funken als lichtstrahlende Garbe herab, so daß man nicht müde wird, dieser rasenden Arbeit zuzusehen.

Eine Besonderheit aus Solingen, die den Ruhm seiner Industrie zugleich mit der Fabrikation der Messer und Scheren am weitesten verbreitet hat, ist die Herstellung der „blanken Waffen“: insbesondere der Degen, Schwerter und Säbeln. Fabriken, die sie erzeugen, gesehen zu haben ist ein Verlangen für den, der die Solinger Industrie kennen lernen will. Da erzählt man denn auch noch manches, was man in den andern großen Fabriken nicht gesehen hat. Vor allem herrscht hier auch noch der Glaube an ein besonderes Geheimnis bezüglich des Härtes der Degen- und Scherenschnitten. Wie habe ich widersprechendere Ansichten über die Natur und den Wert einer Sache gehört, als inbezug auf diesen Punkt bei den Industriellen der Solinger und Remscheider Gegend. Während

die einen behaupten, es sei ein Märchen, heute noch von einem besonderen geheimen Verfahren beim Härten zu reden, was vielmehr jeder tüchtige Fabrikant allein durch seine Arbeiter besorgen lassen könne, erklären andere ebenso bestimmt, nur gewisse Familien seien im Besitze des von den Voreltern ererbten Verfahrens mit seinen besonderen Kunstkniffen und Geheimnissen. Tatsächlich vertreten diesen letztern Standpunkt gerade die Inhaber großer Fabriken blanker Waffen am entschiedensten; und sie übergeben denn auch tatsächlich der Regel nach ihre Klingen zum Härten solchen Handwerksmeistern, die gewöhnlich nur mit ihren engeren Familienangehörigen in oft beschränkten Räumlichkeiten das alte überkommene Verfahren ausüben.

Auch in das Geheimnis des Damaszierens der Degen und Schwerter tut man hier einen Blick. Im Prinzip beruht diese alte, ehedem so hoch geschätzte und aus dem Morgenlande zu uns herübergekommene Kunst darin, daß keine blattförmige Lagen von Stahl und Eisen verschiedener Härte und Beschaffenheit wechselseitig aufeinandergeschweißt, vielfältig geknickt und von neuem bearbeitet werden, bis schließlich die ins äußerste gedehnten und verdünnten Einzellagen nun durch das ganze Gefüge der Klinge sich hindurchziehen und so auch an der Oberfläche das Bild einer zarten Maserung und Schattierung zeigen, welche eine hervorragende äußere Eigenschaft der Damaszener-Klingen ist. Die wirkliche Güte solcher Klingen soll indes nach dem berufenen Urteile der Fachleute durchaus nicht größer, sondern vielmehr geringer, als die von echtem, unversähtem Stahle sein.

Will der Besucher einer solch erstklassigen Waffenfabrik ein recht anschauliches und packendes Bild der fast ungemeinigen Ausdehnung der Beziehungen und Absatzgebiete derartiger Werkstätten gewinnen, so muß er hernach achtsam und mit Muße die Modell- und Ausstellungsräume durchwandern, wo alle die Säbel, Degen und Schwerter hängen, welche die Fabrik ins In- und Ausland geliefert hat. Da sieht man nicht nur die Lieb- und Stiehewaffen für unsere eigenen Infanterie- und Kavallerie-Regimenter, für Gemeine so wohl wie für Offiziere; da sind auch vielfältige fremde Groß- und Kleinstaat als Abnehmer vertreten. Da kann man denn auch weiterhin eine Beobachtung ähnlich wie bei den Freimarken machen: Je kleiner und unbedeutender irgend ein exotischer Staat, desto prunkvoller und reicher sind in allgemeinen die Degen der Offiziere. Aber auch kleine Potentaten solcher Länder, Fürsten halbwildere Völkerschaften und andere Liebhaber von Schmuck und Bier machen Bestellungen auf reich gearbeitete Prunkdegen und Säbel, mit denen ein Prinz aus „Tausend und eine Nacht“ herumstolzieren könnte, ohne daß er sich zu schämen brauchte. Gern aber wendet sich schließlich das Auge immer wieder den blanken Klingen und ihrer Verarbeitung zu, auf deren Gediegenheit der Ruhm dieser Erzeugnisse beruht.

Ehedem, bis in die letzten Jahrzehnte hinein, war der Gang der Herstellung der blanken Waffen der, daß der Fabrikant aus dem Ruhrgebiete, aus Schweden oder England die Stahlruten bezog und diese dann den Schmieden unten in den Tälern zur Bearbeitung und Fertigstellung der Klingen übergab. Dann kamen diese

getreten. Es betrug nämlich der Verkaufswert am Ursprungsort für eine Tonne Steinkohlen in Mark:

Table with 3 columns: Location, 1906, 1907. Locations include Oberbergamtsbezirk Breslau, Dortmund, Esch-Lothringen, Königreich Bayern, Oberbergamtsbezirk Bonn, Königreich Sachsen.

In weitem Abstand hinter dem Kohlenbergbau folgt die Gewinnung von Erzen. Die Fördermenge betrug 1907 29,61 Millionen Tonnen gegen 28,62 im Jahre 1906. In ihr waren 1906 26,73 Millionen Tonnen Eisenerze enthalten, 1907 27,70. Die Fördermenge der übrigen Erze stellte sich auf 1,88 Mill. Ton. im Jahre 1906, auf 1,91 im letzten Jahre. Der Durchschnittswert einer Tonne Eisenerz stellte sich im letzten Jahre auf 4,30 Mark gegen 3,84 1906.

Table with 3 columns: Erzart, 1906, 1907. Includes Schwefelkies, Zinnerze, Bleierze, Kupfererze.

Die Förderung von Zinnerzen hat gegenüber dem Jahre 1906 sowohl der Menge als auch dem Werte nach abgenommen. Der Rest der Erzgewinnung verteilt sich auf Silber- und Wolberze, Wismuterze, Manganerze, Vitriolerze und Mannerze und sonstige Erze. Die Förderung von Gold- und Silbererzen stellte sich 1907 auf 8280 Tonnen im Werte von 1.280.000 Mark, so daß die Tonne im Durchschnitt einen Wert von 136,03 Mark hatte.

Außer Kohlen und Erzen bleiben noch als dritte Gruppe der Bergwerkserzeugnisse die Salze, deren Förderung etwas über 7 Millionen Tonnen mit einem Wert von 72,79 Mill. Mark betrug. Die Gewinnung von Steinsalz machte 1.285.137 Tonnen aus, die von Kalisalzen 5.719.237. Als letzte Gruppe bleiben noch einige Bergbauerzeugnisse übrig, von denen wir noch Asphalt und Erdöl nennen wollen. Die Asphaltproduktion stieg von 117.412 Tonnen im Jahre 1903 auf 126.649 im Jahre 1907, die Erdölgewinnung von 81.350 auf 106.379 Tonnen. Der Verkaufswert einer Tonne Erdöl hat sich von 61,91 auf 66,33 Mark gehoben. Berechnet man den Verkaufswert aller deutschen Bergwerkserzeugnisse für das Jahr 1907, so ergibt sich, daß die 242,61 Millionen Tonnen einen Wert von 1844,91 Millionen Mark hatten, während die 227,15 Millionen Tonnen des Jahres 1906 nur 1637,12 Millionen werteten. Der Durchschnittswert einer Tonne stieg von 7,23 Mt. im Jahre 1906 auf 7,60 Mark im vergangenen Jahre.

Trotz der Steigerung der Fördermenge ist die Zahl der Bergwerksbetriebe fortgesetzt zurückgegangen. Sie war am höchsten im Jahre 1873, wo 4313 Hauptbetriebe gezählt wurden, 1905 waren es nur noch 1862. Für 1907 liegen die Nachweise über die Zahl der Betriebe noch nicht vor. 1873 förderte ein Betrieb durchschnittlich 12.522 Tonnen, 1905 dagegen 110.415. Die mittlere Belegschaft ist von 289.756 im Jahre 1873 auf 661.310 im Jahre 1905 angewachsen. Auf einen Betrieb kamen 1873 rund 67, 1905 aber 355 Arbeiter. Die Leistung eines Arbeiters stellte sich 1873 im Durchschnitt auf 126, 1905 aber auf 311 Tonnen. Der Wert dieser Leistung betrug nach den Verkaufspreisen am Ursprungsort 1848 Mark im Jahre 1873, dagegen 1905 2143 Mark. Seit 1895 bewegte sich Menge und Wert der Förderung im deutschen Bergbau wie folgt:

Table with 3 columns: Year, Menge in 1000 T., Wert in Mill. M. Years 1895-1907.

Diese gewaltigen Ziffern lassen die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bergbaues ohne weiteres erkennen. Diese Bedeutung wird noch größer durch den engen Zusammenhang des Bergbaues mit der Eisen- und Stahlindustrie; zwei Industriegruppen, die das Rückgrat und den Lebensnerv der gesamten Industrie und des Verkehrslebens darstellen.

Krise und Arbeitsmarkt.

In unserem Verbandsorgan ist schon wiederholt die Tatsache festgestellt worden, daß die gegenwärtige Krise in ihren Folgen nicht so verheerend für die Arbeiter in die Erscheinung tritt, wie es bei den früheren wirtschaftlichen Niederschlägen der Fall war. Statt sofort bei jeder Geschäftskodung Massenentlassungen von Arbeitern vorzunehmen, wie es früher geschah, haben sich die Mehrzahl der Arbeitgeber jetzt dazu begeben, Betriebsbeschränkungen durch Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, so daß der Ausfall infolge der schlechtesten Geschäftslage nicht einem Teil der Arbeiter allein aufgebürdet, sondern auf möglichst viele Schultern verteilt wird. Es ist gewiß zu begrüßen, daß diese Taktik in Unternehmerkreisen immer mehr Anhänger findet und in unternehmerfreundlichen Organen beifällig besprochen wird. So brachte die den Großindustriellen im Ruhrgebiet nahe stehende Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 1070 vom 13. Oktober zu dieser Frage folgenden Artikel:

Mit der sich verschlechternden Marktlage der deutschen Industrie haben sich naturgemäß auch die Arbeitsverhältnisse der industriellen Arbeiterklasse ungünstiger gestaltet. Immerhin wird man, soweit sich gegenwärtig der deutsche Arbeitsmarkt übersehen läßt, feststellen können, daß bis jetzt größere Arbeiterentlassungen haben vermieden werden können. Wenn hierüber auch genauere statistische Nachweisungen nicht vorhanden sind, so lassen sich doch aus den Veröffentlichungen des Varrats zur Arbeitslosigkeit einige Angaben entnehmen, die hierfür Anhaltspunkte bieten. So betrug nach den Zusammenstellungen der an das Statistische Amt monatlich berichtenden Krankenkassen, die allerdings nur 20 Prozent der im Deutschen Reich vorhandenen Krankenkassen ausmachen, die Zahl der bei diesen Kassen versicherungspflichtigen Mitglieder:

Table with 3 columns: Date, männliche, weibliche. Dates: 1. Juli 1908, 1. August 1908, 1. September 1908.

Vergleicht man mit diesen Zahlen die Mitgliederzahlen, welche die gleichen Kassen im Jahre 1907 hatten, so ergibt sich folgende Aufstellung:

Table with 3 columns: Date, männliche, weibliche. Dates: 1. Juli 1907, 1. August 1907, 1. September 1907.

Im Vergleich zu dem Vorjahr ergaben sich also:

Table with 3 columns: Date, männliche, weibliche. Dates: 1. Juli 1908, 1. August 1908, 1. September 1908.

Wenn man berücksichtigt, daß noch in den angegebenen Monaten des Vorjahres in der Industrie eine ziemlich allgemein angestrebte Tätigkeit herrschte, so darf die in diesem Jahre eingetretene Verschiebung nicht als besonders auffallend bezeichnet werden. Zweifelt man allerdings die vorliegenden Zahlen erkennen, daß sich die Arbeitslosigkeit gerade für männliche Arbeitskräfte in den letzten Monaten mit der weiter nachlassenden Konjunktur noch mehr verschlechtert hat, eine Wahrnehmung, die sich auch durch die statistischen Angaben der Arbeitsnachweise bestätigt. Diese ergaben:

Table with 4 columns: Date, Arbeitsgesuche, off. Stell., Vermittelungen. Dates: Juni 1908, Juli 1908, August 1908.

Table with 4 columns: Date, Arbeitsgesuche, off. Stell., Vermittelungen. Dates: Juni 1908, Juli 1908, August 1908.

Wenn sich aus diesen Zahlen entnehmen läßt, daß der bisherige schlechte Geschäftsgang der Industrie die Zahl der Arbeitslosen nur in verhältnismäßig sehr geringem Maße vermehrt haben kann, so wird sich allerdings für eine Reihe von Gewerbebetrieben beobachten lassen, daß sich die rückgängige Konjunktur nach einer anderen Richtung, nämlich die Mehrzahl der Arbeitnehmer sichtbar gemacht hat, insofern, als einzelne Betriebe und Betriebszweige zur Verhinderung einer allzu großen Ueberproduktion dazu übergegangen sind, ihre Beschäftigungszeit einzuschränken.

Immerhin wird auf diese Weise wenigstens dem viel größeren Uebel einer zunehmenden Arbeitslosigkeit nach besten Kräften vorgebeugt, und es ist daher vom sozialpolitischen Standpunkte durchaus ersichtlich, daß auch die Arbeitnehmer dies richtig zu würdigen wissen.

Das Blatt der rheinisch-westfälischen Großindustrie hätte dem noch hinzufügen können, daß die Arbeitnehmer, d. h. deren öffentliche Vertreter, die Gewerkschaften, dieses Vorgehen nicht nur zu begrüßen wissen, sondern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hingearbeitet haben, die Unternehmer zu diesem Verhalten zu veranlassen. Im allgemeinen nicht ohne Erfolg, wie die tatsächliche Lage des Arbeitsmarktes beweist. Wenn die jetzige Krise weniger Arbeitslose ausgestoßen, wenn sich die Folgen der schlechten Konjunktur innerhalb der Arbeiterschaft weniger hart bemerkbar machen, dann ist dies in der Hauptsache ein Verdienst der Arbeiterorganisationen, ein unbestreitbarer Erfolg ihres mächtigen Einflusses im gewerblichen und öffentlichen Leben. Das allein zeigt uns aber auch die große Bedeutung und den Wert der Organisation während der Zeit der Krise.

Gewiß ist noch lange nicht alles getan, was durch die Organisation geschehen muß, und schon hätte getan werden können, wenn nicht so viele unorganisierte Arbeiter in kurzfristiger Verblendung der Organisation fernstünden. Nach manchen Unternehmern hat dann Drängen der Organisation Widerstand entgegengesetzt und dennoch Arbeiter entlassen, statt eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, wie wir es noch in der vorigen Nummer des Organs von einem Dortmunder Unternehmer berichten mußten. In manchen Großstädten scheint die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter größeren Umfang anzunehmen. Wege denen von diesen schwer Betroffenen, die dann nicht einmal einem Verband angehören und ganz und gar verlassen dastehen. Die organisierten Kollegen haben in dieser schweren Zeit doch wenigstens eine Stütze und Rückhalt in ihrer Organisation. Sie hochzuhalten und fortwährend zu stärken, muß deshalb das unausgesetzte Bestreben jedes denkenden Arbeiters sowohl in guten wie in schlechten Zeiten sein.

Berufsstellung und Erkrankungsgefahr.

Es ist längst bekannt, daß zwischen der Berufsstellung und der Erkrankungsgefahr ein Zusammenhang besteht, und in neuerer Zeit wird bei der Berufswahl auch darauf gesehen, daß die jungen Leute, die sich einem bestimmten Beruf widmen wollen, neben der erforderlichen Geschicklichkeit und Befähigung auch eine Körperkonstitution haben, die sie zu dem in Betracht kommenden Berufe geeignet erscheinen lassen. Trotz der Wichtigkeit dieser Frage ist aber eigentlich unser Wissen über die Wechselwirkung zwischen Berufsstellung und Krankheitshäufigkeit noch sehr oberflächlich, jedenfalls sind unsere Kenntnisse über dieses Wissensgebiet geringer als über andere Ge-

an den Fabrikanten zurück und wurden von ihm den Härtern übergeben. Nachdem diese sie wieder zurückgeliefert hatten, holten sie die Schleifer von den benachbarten Rotten ab, und nachdem diese sie geschliffen hatten, wurden die Klingen erst bei den Fabrikanten gereinigt, also mit den Griffen versehen und zum Versand in alle Welt gebracht. Heute hat auf diesem Gebiete der Solinger Industrie doch die Heimarbeit sehr abgenommen und der Regel nach kommen die Klingen nur noch zum Härten heraus, während alles übrige in der Fabrik gemacht wird.

Wir hörten schon in einem vorausgegangenen Aufsatz von den Verschiedenheiten der Industrie von Solingen und seinen Nachbarorten Ohligs, Gräfrath, Höhscheid u. a. mit der von Remscheid. Aber der übereinstimmenden Blüte gibt's doch auch genug. Allerdings besteht ein wesentlicher Unterschied — abgesehen von der Stellung der Kaufleute und Fabrikanten und ihrem Verhältnis zu der Heimarbeit — auch darin, daß bei der Werkzeugindustrie von Remscheid im allgemeinen der einzelne Arbeiter nicht stets nur ein und dieselbe Verrichtung ausübt, wie in Solingen, sondern durchweg den betr. Gegenstand von Anfang bis zu Ende durch die verschiedensten Arten der Behandlung hindurchführt. Besonders großartig ist, wie schon gesagt, unter der Werkzeugindustrie die Fabrikation der Feilen. Man lernt da Weltfirmen kennen, deren Ruf ebenso groß und berechtigt ist, wie der der Meißner-, Scheren- und Schwertfabriken von Solin-

gen; und ebenso haben auch sie ihre Abnehmer in allen Teilen der Welt.

Hier bietet sich uns auch Gelegenheit, beim Härtenverfahren neben dem des Eintauchens des heißen Stahls in kühles Wasser oder Öl andere Methoden zu beobachten, so vor allem eine neue, wo der zu härrende Gegenstand in ein Bad von Salz und Chankalk gebracht wird, das durch einen hindurchgehenden elektrischen Strom rötlich erhalten wird. Oder wir sehen, wie die Stahlgegenstände zu demselben Zwecke mit einem Pulver von gebranntem Tierhorn und Hornmehl, das mit Buchweizenmehl vermischt und mit Salzwasser angefeuchtet ist, umhüllt werden. Nachdem dieses Härtemehl nun auf dem Stahl getrocknet ist, wird dieser erhitzt und erlangt durch die ganze Art der Anwendung den gewünschten Grad von Härte.

Das eine wird uns bei diesen verschiedenen Methoden aber gleichfalls klar, daß das Härtenverfahren in der Tat ein ganz geheimnisvolles und in seinen Endursachen noch gar nicht so völlig aufgeklärtes ist, und daß die Fabrikanten der blanken Waffen mit ihren vorhin gekennzeichneten Ansichten nicht so unrecht haben. Auch erkennen wir daraus, weshalb in früheren Zeiten, ja schon im grauen Altertum und im Sagenzeitalter, gewisse Schwerter sich eines besonderen Rufes erfreuten. Es war an ihnen beim Schmieden, beim Härten und selbst bei der nebenfachlicheren Tätigkeit des Schleifens eine bis in einzelne und kleinste gehende sorgsame Arbeit geübt, die bei der

liebervollen Betrachtung und steten Nachprüfung aller Einzelverrichtungen und deren Ergebnisse allerdings ganz vortreffliche Waffen für Selbstaufste zu erzeugen imstande war.

So hat uns die Betrachtung der allerneuesten Formen der Industrie und ihrer modernsten Erzeugnisse doch auf einmal wieder im Geiste zurückgeführt zu den dunklen Zeiten ihrer frühesten Herkunft. Auf einmal tritt vor das Auge ein großer und staunenswerter Entwicklungsgang. Da werden Beziehungen lebendig zu den verwandten Fertigkeiten von Steiermark und England und zu der sagenumwobenen Kunst der Araber und Mauren. Aber der neuzeitliche Weltverkehr eröffnet uns neue Bahnen und Aussichten, zeigt uns einen die Nationen und die Völker umspannenden und verbindenden Verkehr. Schwerter, die im Kriege entzweite Völker einander schwingen, haben vorher als friedliche Handelsware ebenso wie die Werkzeuge menschlichen Gewerfleißes und häuslicher Tätigkeit schon eine Mission geschäftlichen Austausches und erwünschter Annäherung vollführt. Da wird uns auch wieder einmal klar, wie hell anregender Momente unsere heutige Großindustrie steht und wie es einen Genuß gewährt, als objektiver Beobachter aus ihrem bunten und wechselvollen Getriebe eilige, lebendige Bilder in sich aufzunehmen und davon seinen Freunden nah und fern etwas zu erzählen.

Viele, die von der Statistik erfasst worden sind. Wir wissen, daß von den akademischen Berufen die Verzeleisler von Krankheiten befallen werden als Geisliche oder Universitätslehrer, und daß viele Berufe besonderen Berufskrankheiten ausgelegt sind, aber auch hier müssen wir uns oft an äußere Erscheinungen halten, welche die Erkrankungsgefahr in dem einen Berufe größer, in dem anderen kleiner erscheinen lassen. Gute hygienische Vorkehrungen können die Erkrankungsgefahr für einen Beruf in einem bestimmten Orte oder einem Betriebe verringern, während zurückgebliebene Einrichtungen, besonders unglückliche Arbeitszeiten, schlechte Wohnungsverhältnisse, großer Alkoholverbrauch und sonstige ungünstige einwirkende Verhältnisse eine Steigerung der Erkrankungsgefahr für einen Beruf zur Folge haben können. Doch viele andere Umstände sind es, die einen zahlenmäßigen Vergleich in den Erkrankungen für einzelne Berufe als irreführend erscheinen lassen.

Vielen Berufen wenden sich von vornherein nur kräftige, gesunde Menschen zu, während in anderen Berufen meistens schwächliche Personen beschäftigt sind; wenn nun in den Berufen, in denen fast nur kräftige und auch gesunde Personen beschäftigt sind, der gleiche Prozentsatz von Kranken anzutreffen ist, wie in den Berufen, denen sich in erster Linie nur schwächliche Personen zuwenden, so kann daraus geschlossen werden, daß die Berufe der ersten Kategorie eine höhere Erkrankungsgefahr in sich bergen als die Berufe mit hauptsächlich schwächlichen Personen. Auch die Altersgruppierung ist von großem Einfluß. In manchen Berufen, wie bei den Barbiergehilfen, bei den Kellnern, bei den Bäcker- und Fleischergehilfen, sind hauptsächlich jüngere Leute anzutreffen. Diese jüngeren Leute sind aber naturgemäß nicht so oft Krankheiten ausgesetzt als ältere Leute.

Weiter kommt hinzu, daß in manchen Berufen schon eine leichte Erkrankung zur Ausübung der Berufstätigkeit untauglich macht, während in anderen Berufen selbst bei Erkrankungen, die nicht leicht genannt werden können, die Berufstätigkeit weiter ausgeübt wird. So ist denn auch bereits gefunden worden, daß einzelne Berufe, die niedrige Ziffern von erwerbsunfähig Kranken aufweisen, desto höhere Ziffern von Kranken hatten, die noch erwerbsfähig waren, während die Berufe mit hohen erwerbsunfähig Kranken niedrigeren Ziffern von Kranken hatten, die ihren Beruf trotz der Krankheit noch ausüben können. In vielen Berufen sind die Arbeiter besonderen Berufskrankheiten ausgesetzt, so die Maler und Anstreicher, Lackierer und Schriftsetzer Bleibergiftungen, die Arbeiter in Chromgerbereien Chromatkränkungen, die Bergleute der Barmkränklichkeit, die Seeleute der Beri-Beri-Krankheit, die Metallarbeiter Lungenerkrankheiten usw.

Von besonderer Bedeutung ist noch das Auftreten der Lungentuberkulose in den einzelnen Berufen. Nach einer von Sanitätsrat Dr. Eben aufgestellten Statistik, die sich auf dreijährige Beobachtungen gründet, kann zunächst als sicher angenommen werden, daß in allen Berufen die Selbständigen bedeutend weniger von der Lungentuberkulose befallen werden, als die Unselbständigen. In den einzelnen Berufen aber zeigen sich die größten Unterschiede. Am günstigsten standen die Wäscherinnen, denn auf 100 Todesfälle kamen nur 7,4 Todesfälle infolge tuberkulöser Erkrankung, und in der engeren Gruppe Forstwirtschaft und Jagd kamen auf 100 Todesfälle auch nur 9,5 Todesfälle an Lungentuberkulose. Weniger als 20 Fälle Tuberkulose auf 100 Verstorbene kamen vor in der Landwirtschaft, Bauunternehmung, im Eisenbahn- und Postbetrieb und in der Kunstgärtnerei. Mehr als 20 bis 30 Todesfälle an Tuberkulose hatten auf zweihundert bis 100 Verstorbene das Frachthandwerk, die Riesgewinnung, Holzzurichtung und das Maurergewerbe. 30—40 Fälle wurden festgestellt bei den Steinbrechern, in der Gerberei, bei Grobhammern, in der Mülerei, Spinnerei und Schloßerei. Mehr als 40—50 Lungenleiden kamen vor, es starben also an Lungentuberkulose annähernd die Hälfte, bei den Böttchern, Stuckateuren, Uhrmachern, Klempnern, Tischlern, Malern, Fleischern, Schuhmachern, im Sattler-, Goldschmiede- und Steinhaugergewerbe. In der Wäberei, bei den Schneidern, Buchdruckern und Wäscherinnen starben mehr als die Hälfte an Lungentuberkulose, am höchsten war der Satz mit 54,5 Prozent bei den Buchbindern.

Die beste allgemeine Statistik über Berufsstellung und Erkrankungshäufigkeit hat bisher die Ortskrankenkasse in Dresden aufgestellt. Diese Statistik umfaßt einen Zeitraum von reichlich vier Jahren und bezieht sich auf 122 559 mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfällen und annähernd 2/3 Millionen Krankheitsstagen. Im allgemeinen Durchschnitt entfielen auf 100 männliche Mitglieder 162 Krankheitsfälle, in den einzelnen Industriegruppen zeigte sich jedoch auch hier große Unterschiede hinsichtlich der Erkrankungshäufigkeit, so kamen auf je 100 Mitglieder Erkrankungsfälle in der Bekleidungsindustrie 108, in der Nahrungsmittelindustrie 195, im Baugewerbe 225, in der Bearbeitung der Steine und Erden 245, in den Maschinenfabrikindustrie 298 und in der Industrie der Reinigung 417 Krankheitsfälle. Sehr verschieden war auch die Art der Krankheiten in den einzelnen Berufen. Erkrankungen der Atmungsorgane bleiben bei den Boot- und Steuerleuten, bei den Klempnern und Fleischern, unter 10

Prozent. Sie steigern dagegen bei den Bergleuten und Müllern auf annähernd 40 Prozent. Die Giftkrankheiten fehlen in einigen Berufen, bei den Anstreichern, Lackierern, Dekorationsmalern und Schriftsetzern fliegen sie auf 30 Prozent und mehr. Einige Berufe hatten weniger unter Infektionskrankheiten zu leiden, bei den Handschuhmachern machten sie weit über 30 Prozent aus, in anderen Berufen wie bei den Bagern und Gerbern war häufig Muskelrheumatismus anzutreffen und bei den Schlächtern wiederum waren 40 Prozent aller Krankheiten auf Verletzungen zurückzuführen.

Gewerkschaftliches.

Von der holländischen Brudererkämpfung.

Der christliche Metallarbeiterverband Hollands, interkonfessionell wie unsere deutschen christl. Gewerkschaften, hielt am 19. u. 20. Oktober in Haarlem seine 7. Verbands-Generalversammlung ab. In Nr. 14 seines Verbandsorgans „De Metalbewerker“ wird ein Rückblick geworfen auf die Entwicklung des Verbandes. Daraus ist zu ersehen, daß die Mitgliederzahl am 30. Juni 1906 den höchsten Stand hatte. Nachdem dann die Beiträge erhöht, sank die Mitgliederzahl ganz bedeutend. Trotz der Beitragserhöhung erreichte der Verband am 30. Juni 1908 wieder den Stand von 1906. Unsere Kollegen, welche glauben, daß durch eine Beitragserhöhung die Mitgliederzahlen fallen, mögen von ihren holländischen Kollegen lernen und recht eifrig für die Ausbreitung des Verbandes sorgen. — Auf die Verhandlungen des Verbandstages werden wir noch zurückkommen. N. N.

„Nach Feierabend“-Weisheit.

Das durch seine vielen Prozesse (u. a. auch gegen den „Bergknappen“ und die „Westd. Arb.-Ztg.“) recht berühmte (!) gewordene Blättchen „Nach Feierabend“ leistet sich in seiner Nr. 37 über den Düssel-dorfer Katholikentag u. a. folgendes:

„Eine der allerbemerkenswertesten Erscheinungen auf dieser Versammlung war der Kölner Erzbischof Kardinal Dr. Fischer, der in jenen Tagen zwei bedeutungsvolle Reden hielt, die eine für den Glauben wider die ungläubige moderne Wissenschaft, die zweite für den Gehorsam der christlichen Gewerkschaften gegen die geistlichen Oberherren, nicht nur in religiösen, sondern auch in rein wirtschaftlichen Dingen.“

Vom „Gehorsam der christlichen Gewerkschaften gegen die geistlichen Oberherren“ ist auf dem Düssel-dorfer Katholikentag natürlich natürlich kein Wort gefallen. Der Redaktor des „Feierabend“ scheint ernstlich erkrankt zu sein, und zwar in seinem Oberstücken, sonst könnte er einer solchen handbühnenartigen nicht öffentlich verbieten. Eine Kaltwasserheilanstalt könnte vielleicht noch angebracht sein, sofern das Leiden nicht schon unheilbar geworden ist. Bedenkenden Menschen können die Phantasien dieses Dauernswerten nur schallendes Gelächter oder Mitleid hervorrufen. Anders jedoch bei Anhängern der kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften, die, wie uns berichtet wird, mit dieser „Feierabend“-Weisheit gegen die christlichen Gewerkschaften hauierten gehen. Es ist nichts so dumm, es findet doch kein Publikum. Der komplette Wölbium paßt vorzüglich in die kirchlich-Dunderschen Agitationsmasken. — Jedem das Seine!

Unwählich fällt die Maske.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften setzen allmählich ein, daß es auf die Dauer unhaltbar ist, Neutralität zu heucheln und dabei fortwährend der sozialdemokratischen Partei Trostdienste zu leisten. Dieses heuchlerische Doppelspiel muß die eigenen Anhänger verwirren und schließlich korumpieren. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter halten es deshalb für besser, doch allmählich die Maske der angeblichen Neutralität der Kammer einzuzerlegen. Wir haben kürzlich ein diesbezügliches offenes Bekenntnis der „Metallarbeiter-Zeitung“ registriert (siehe die Notiz: Offenherzig in Nr. 39 unserer Zeitung): jetzt liegt ein ähnliches Eingeständnis vom Organ des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes vor. In einem Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 41 über den neutralen (!) Charakter der Gewerkschaften gibt sie dem Neutralitätschwindel wie folgt den Laufpaß:

„Wenn unsere Gewerkschaftsführer erklären, daß Partei und Gewerkschaft eins seien, wenn Generalkommission und Parteivorstand gemeinsame Maßnahmen heratschlagen und beschließen, wenn die Gewerkschaften zu den Wahlen der Partei steuern, wenn sie bei Wahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratie eintreten, wenn sie die politischen Aktionen der Partei unterstützen, so wird das jeder denkende Arbeiter für ganz in der Ordnung, für höchst nützlich, ja für notwendig zum Gedeihen beider Teile halten. Aber dann haben wir auch kein Recht mehr, von „freien“ Gewerkschaften zu reden, und dieser Bezeichnung eine Deutung zu geben, als ob die Gewerkschaft in gar keiner Beziehung zur Sozialdemokratie stände, als ob sie nicht im Gegenteil Wert darauf legte, das Verhältnis zur Partei möglichst eng zu gestalten, natürlich nicht im Sinne der Unterordnung, sondern im Sinne engsten Zusammenwirkens zweier gleichberechtigter, demselben Ziele zustrebenden Kampfgenossen. Einem solchen Verhältnis wird aber die Bezeichnung „freie“ Gewerkschaften nicht gerecht, und deshalb ist sie falsch.“

Ganz richtig, diese Bezeichnung ist falsch, sie ist übrigens auch mehr wie nichts sagend, wie

Daselbe Gewerkschaftsblatt in dem betr. Aufsatze selbst betont. Falsch ist in diesem Eingeständnis der „Holzarbeiter-Zeitung“ aber die Behauptung, daß von einer Unterordnung der sozialdem. Gewerkschaften unter die Partei nicht die Rede sei, sondern nur vom „engsten Zusammenwirken zweier gleichberechtigten Kampfgenossen“. In Wirklichkeit müssen sich die sogenannten „freien“ Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei in wichtigen Fragen unterordnen, wie es am krassen in der Meißenerfrage zu Tage tritt. Wir sind gebunden an die Beschlüsse der internationalen Kongresse, so rief der erste Beamte der „freien“ Gewerkschaften, Segien, auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress aus und beschwor seine Genossen, doch keinen Disziplinbruch zu begehen. Das hat sogar ein „freies“ Gewerkschaftsblatt, den „Korrespondent“, zu der richtigen Schlussfolgerung veranlaßt, das sei eine freie Männer mehr, sondern Parteiflähen. So sieht es mit den „gleichberechtigten Kampfgenossen“ aus.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie.

der „Vorwärts“, hat schon oft eine haarsträubende Kenntnis der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung an den Tag gelegt. Selbst sozialdemokratische Gewerkschaftsblätter haben ihm dieserhalb schon öfter den Fehlschlag müssen. Welche Kenntnis er von den Strömungen im christlichen Lager hat, zeigt folgende Notiz, die in Nr. 242 vom 15. Oktober zu lesen ist:

„Wie in den christlichen Gewerkschaften praktische Arbeit geleistet und das Interesse der Mitglieder vertreten wird, zeigt folgender in Nummer 21 der „Frauenarbeit“ enthaltene Versammlungsbericht, den wir der Mit- und Nachwelt nicht vorenthalten wollen:

Beuthen. Am 13. September, nachmittags 4 Uhr, fand im hiesigen Theateraal die Monatsversammlung des Vereins erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen statt. Sie wurde von der Vorsitzenden mit dem katholischen Grusse eröffnet. Darauf sangen die Mitglieder das Lied „Glorie meine Seele“. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erschien der hochw. Herr Präses. Weil er am Tage vorher von seiner Lourdesreise zurückgekehrt war, wurde ihm seitens eines Vereinsmitgliedes ein Willkommenengruß in Versen dargebracht. Der hochwürdige Herr Präses hielt einen Vortrag über „Wahre Freundschaft“. Neun neue Mitglieder wurden aufgenommen. Um 7 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.“

Daran knüpft das sozialdemokratische Zentralorgan noch seine Schlussfolgerungen, worin es am Schluß heißt: „Die „wahre Freundschaft“ des hochwürdigen Herrn Präses bleibt den armen Arbeiterinnen, so lange sie zufrieden sind und dem Kapitalismus nicht zu Leibe gehen.“ — Jeder oberflächliche Kenner der christlichen Arbeiterbewegung ersieht sofort, daß es sich hier um einen Verein von „Sitz Berlin“ handelt. Anders aber der Vorwärts, der bald jeden Tag aus dem heftigen Kampf zwischen „Sitz Berlin“ und den christlichen Gewerkschaften auf dem Sitz Berlin den christlichen Gewerkschaften auf dem Konto schreibt. Ist es nun Unkenntnis oder Verschlagenheit, was den „Vorwärts“ hier geleitet hat? Das eine ist für das sozialdemokratische Zentralorgan so blamabel wie das andere verwerflich. Die christlichen Gewerkschaften lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, für die Vereinstpielerei der Berliner Arbeiterbewegung verantwortlich gemacht zu werden. Das sollte zum mindesten auch dem angeblich führenden Blatt der deutschen Sozialdemokratie bekannt sein. Die christlichen Arbeiter ersuchen aber aus diesem Falle wieder, was von der Objektivität und Wahrheitsliebe der sozialdem. Presse zu halten ist.

Wo sollen sich die christlich gestimmten Buchdrucker organisieren?

Zu dieser Frage haben kürzlich die Verbände der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln wie der Diözese Münster auf ihren Delegiertentagen Stellung genommen. Auf der letzteren Tagung waren sich die Redner darin einig, daß ein Mitglied des kath. Arbeitervereins bei den Neutralitätsverletzungen des Buchdruckerverbandes auf religiösem und politischem Gebiete für die Dauer nicht gut Mitglied dieses Verbandes sein könne. Es habe sich stets als katholischer Mann seiner Pflichten bewußt zu sein. Es wurde daher die Erwartung ausgesprochen, daß etwaige Mitglieder hieraus ihre Konsequenzen ziehen würden. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Der Delegiertentag legt allen Verbänden die Pflicht auf, nach Kräften dafür zu sorgen, daß ihre in Betracht kommenden Mitglieder dem christlichen Glauben und der katholischen Kirche treu bleiben.“

Auf dem Delegiertentage der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln wurde in dieser Angelegenheit folgender Beschluß gefaßt:

„Da nach neuesten Veröffentlichungen (Broschüre Reghäuser) und den Ergebnissen der diesjährigen Generalversammlung des Buchdruckerverbandes kein Zweifel darüber bestehen kann, daß auch dieser Verband, trotz aller Neutralitätserklärungen, sich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften identifiziert, mit allen Konsequenzen für seine auf christlichem Standpunkte stehenden Mitglieder, hat es der Delegiertentag für seine Pflicht, die katholischen Arbeitervereinsmitglieder vor dem Eintritt in diesen Verband zu warnen. Der Delegiertentag lenkt die Aufmerksamkeit der katholischen Buchdrucker auf den Gutsenhergubund, die auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehende christliche Buchdruckerorganisation hin.“

Als Beizenden nimmt der ...
auch in den Offizinen ...
wird insofern, als man dessen ...
gegenüber Mitgliedern des ...
Er gibt sich der Erwartung hin, ...
in steigendem Maße die ...
gehilfen anerkennen wird, ...
dem Verbanne fernbleiben und im ...
Vertretung erblicken."

Aus der Metallindustrie.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller

hielt am 6. Oktober unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Kamp eine Vorstandssitzung ab, die sich auch mit dem Kampf zwischen den reinen und gemischten Werken befaßte. Generalsekretär Bued berichtete über die bekannten Eingaben mehrerer Stahlformguß-, Martin- und reinen Walzwerke, betreffend die Aufhebung der Hoheisen-, Schrott- und Halbzeugzölle in eingehender Weise. Mit Einstimmigkeit wurde darauf folgender Beschluß gefaßt: „Der Vorstand des Vereins deutscher Stahl- und Eisen-Industrieller hat heute den auf die vorläufige Sistierung und spätere gezielte Aufhebung der Hoheisen-, Schrott- und Halbzeugzölle gerichteten Antrag mehrerer Stahlformguß-, Martin- und reinen Walzwerke eingehend erörtert. In der Erwägung, daß der bei weitem größte Teil der den vorbezeichneten Gruppen angehörenden Werke durchaus nicht als im Sinne der Antragsteller notwendig aufgehoben werden kann, ferner in der Überzeugung, daß die Zölle, deren Aufhebung beantragt worden ist, insbesondere der Hoheisenzoll, als die Grundlage, gewissermaßen als das Rückgrat der maßvoll schutzzöllnerischen Wirtschafts- und Handelspolitik anzusehen ist, in enblicher Erwägung, daß nach Aufhebung der Hoheisen-, Halbzeug- und Schrottzölle unmöglich die Zölle für Fertigerzeugnisse aufrecht erhalten werden können, somit eine Erschütterung unserer ganzen Eisenindustrie eintreten müßte, beschließt der Vorstand, den Zentralverband Deutscher Industrieller zu ersuchen, er wolle in Beantwortung des Requests des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 24. April d. J. in einer eingehenden Denkschrift die vielfach unzutreffenden und den Tatsachen widersprechenden Ausführungen der in Rede stehenden Eingabe widerlegen und sich gegen die Aufhebung der gesamten Zölle mit aller Entschiedenheit aussprechen.“

Die Kapitalgewaltigen stemmen sich mit aller Macht gegen die Aufhebung der Zölle, sind aber auch sonst in keiner Weise bereit, der schwierigen Lage der reinen Werke Rechnung zu tragen. Es ist ein gefährliches Spiel, das die Großen, Mächtigen, hier mit den Schwächeren treiben. Das schlimmste ist, daß auch die Arbeiterschaft unter diesem Zustand schwer zu leiden hat, besonders noch zur Zeit der wirtschaftlichen Krise. Hoffentlich wird die Regierung stark bleiben und durch die Gesetzgebung den reinen Werken zu Hilfe kommen.

Ueber die Lage des deutschen Eisenmarktes.

hat sich der Generaldirektor des Stahlwerksverbandes, Herr E. Schaltenbrand in Düsseldorf, auf die Anfrage einer Wiener Tageszeitung folgendermaßen geäußert:

„Es ist vor allem hervorzuheben, daß die Geschäftslage und ihre voraussichtliche Entwicklung nicht allein von momentanen Stimmungen und Vorgängen beeinflusst werden darf. Seit vorigen Sommer wurde in dieser Hinsicht sehr viel gesündigt, und die Presse hätte sich sehr verdient gemacht, wenn sie, anstatt sich in Schwarzmalerei zu überbieten, mehr auf diejenigen Umstände hingewiesen hätte, die eine fühlere und ruhigere Auffassung der Situation begründen.“

Vor allem ist es erfreulich, und für die baldige Wiederkehr eines gesunden Geschäftsganges von größter Wichtigkeit, daß dank der Zurückhaltung der Verbände bei dem Eintritt des Rückschlages keine nennenswerten Bezugsverpflichtungen zu hohen Preisen bestanden, und infolgedessen die Preisstellung sich sehr bald den geänderten Verhältnissen anpassen konnte. Es ist ferner möglich gewesen, in denjenigen Produkten wenigstens, die der Kontrolle unseres Verbandes unterliegen, die Herstellung dem tatsächlichen Bedürfnisse anzupassen und die Anammlung großer Lager zu verhindern. Infolgedessen liegen in der Eisen- und Stahlindustrie die Verhältnisse so, daß die Besserung der Geschäftslage die erhoffte Kaufkraft und der bereitwilliger hervortretende Bedarf nicht durch übermäßige Lager oder durch eine zu große Produktion zurückgedrängt werden. Es scheint, daß die Folgen der Weltkrisis überwunden sind, und wenn auch für die Wintermonate eine nennenswerte Bautätigkeit nicht mehr erwartet werden kann, so sind doch die Aussichten für eine nachhaltige Belebung dieses wichtigen Geschäftszweiges im Frühjahr unbedingt günstig.

Auch auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues sind auf dem Weltmarkt für die Eisen- und Stahlindustrie große Aufträge in Sicht, so daß ich mich wohl im ganzen zu einer hoffnungsvollen Auffassung bekennen darf.

... dem wohl zu ...
... bin ich nicht der ...
... die Verhältnisse noch unglücklicher werden können, wie sie infolge der schon vorhandenen Zwischenfälle auf dem Roheisenmarkt bisher gewesen sind. Deutschland hat den größten Teil der englischen Roheisenvorräte an sich gezogen und dadurch zu der festeren Marktlage den ersten Anstoß gegeben, jetzt dürfte die Fernhaltung weiterer englischer Roheiseneinfuhr ein Ziel sein, das nach dem Auseinandergehen der Roheisenverbände leichter wie bisher erreicht werden kann, und darin liegt eine gewisse Kompensation für den schädlichen Einfluß, den die Auflösung der Roheisenverbände haben könnte.

Es ist anzunehmen, daß mit einer zunehmenden besseren Beschäftigung in den Erzeugnissen, die wir vertreiben, auch für die anderen Stahlprodukte günstige Verhältnisse eintreten werden.“

Opfer der Arbeit.

Dortmund. Im Eisen- und Stahlwerk Hösch sind im Laufe der letzten drei Wochen folgende Unfälle vorgekommen, welche sämtlich einen tödlichen Ausgang für die Betroffenen hatten. — Im Walzwerk I wurde ein Arbeiter durch einen glühenden Block vollständig verbrannt. — Im Martinwerk wurde einem Arbeiter der Körper mitten durchgeföhren. — In derselben Abteilung wurde ein Arbeiter durch einen umfallenden Träger totgeschlagen. — Im Hochofenbetrieb kam ein Arbeiter mit der elektrischen Leitung in Verührung und wurde verbrannt. — Ein Arbeiter fiel vom Gerüst, was den sofortigen Tod zur Folge hatte. — Im Rangierbetrieb wurde ein Arbeiter überfahren. Der linke Arm vom Kumpf getrennt, die rechte Hand platt gedrückt, der Unterleib aufgerissen und am Kopf schwer verletzt. Der Arbeiter war 36 Jahre im Betriebe von Hösch tätig. — Der Krankenwagen fährt vor der Firma Hösch durchschnittlich pro Tag 4—5 mal vor.

Duisburg. Auf der Niederrheinischen Hütte waren am 8. Oktober auswärtige Monteure mit Arbeitssachen beschäftigt. Bei der Montage eines schweren eisernen Rohres rissen die Drahtseile, an welchen das Rohr hing; dieses stürzte herab und tötete einen der Arbeiter. Einem anderen wurde das halbe Ohr weggerissen.

Krefeld. In der Eisfabrik C. E. Schrörs geriet am 12. Oktober Benzin in Brand. Kaum waren Lösungsversuche im Gange, als eine gewaltige Explosion erfolgte. Die anliegenden Schuppen und ein Teil der Fabrikgebäude wurden zerstört und bildeten einen Trümmerhaufen. Unter diesem lagen acht Arbeiter. Vier davon wurden schwer verletzt, teils mit Schädelbrüchen, dem Krankenhause zugeführt, vier befinden sich in häuslicher Pflege. Ein Betriebsführer und ein Arbeiter schwebten in großer Lebensgefahr. Etwa 10 Arbeiter der in der Nähe befindlichen Färberei Buschgens erlitten durch herübergeflogene Holzteile Verletzungen.

Essen. Samstag, den 10. Oktober, verunglückte bei der Firma Krupp der Kranführer Schiermann, Vater von 9 Kindern, tödlich. Eine schwere 28-Zentimeter-Wiege, in der das Kanonrohr ruhte, kam ins Gleiten, und der Bedauernswerte geriet unter dieselbe. Die Schuld an diesem Unglück ist dem Betriebe zuzuschreiben, da dem Kranführer die Hilfsmannschaften genommen waren. — Donnerstag, 15. Oktober, wurde im Panzerplattenwerk einem Arbeiter ein Fuß abgequetscht. — Donnerstag, den 15. Oktober, geriet in der 3. mech. Werkstatt ein Dreher zwischen Planscheibe und Zylinder. Ihm wurde die Hand gänzlich abgerissen.

Dortmund. Auf dem Eisentwerk Phönix rief am 15. Oktober während des Verladens von 1000-Kilo-Lasten ein Drahtseil des elektrischen Kranes. Die Last fiel dem Arbeiter Hiersties auf den Leib und tötete ihn sofort.

Altena. In der Fabrik der Firma Albert Hints, Heinrich u. Sohn wurde vergangenen Sonntag morgen ein 18-jähriger Arbeiter von einem herabfallenden Schwungrad erschlagen. Das Unglück ereignete sich infolge eines Balkenbruchs. Der Arbeiter war sofort tot.

M. Burbach (Saar). Auf der Burbacherhütte brang am 13. Oktober im Drahtwalzwerk einem Arbeiter ein glühender Drahtstab in die linke Seite, was den baldigen Tod zur Folge hatte.

Frankenthal. In der hiesigen Schnellpressenfabrik ereignete sich am 12. Oktober ein tödlicher Unfall. Ein Gusspufer wurde von dem Stück eines in vollem Laufe (1050 Umdrehungen in der Minute) geborstenen Schleifsteines im Gesicht getroffen und auf der Stelle getötet.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur der Postkarte, über den Stand der Bewegung ein-

... andernfalls fällt die Warnung vor dem Zu-

Vindlar Bez. Köln. Die Arbeiter der Feilenfabrik W. v. R. Klein stehen im Streik infolge von Akkordreduzierungen von 10—15%.

Machen. Bei der Firma F. C. & W. Klumpen, [Radelfabrik] stehen die Richter im Streik.

Plettenberg. Bei der Firma Carl Rheinländer, Stahlgabelfabrik und Gesenkschmiede sind die Arbeiter ausgeperrt.

Malen (Wittbg.) Im Ketten- und Schmiedegewerbe sind wegen Nichtinhaltung der getroffenen Vereinbarung seitens der Arbeitgeber Differenzen ausgebrochen.

Waldhof bei Mannheim. Bei der Firma Rudolf Otto Maier stehen die Arbeiter behufs Abwehr von Lohnabzügen im Streik.

Machen. In der Eisengießerei der Firma Görres sind Differenzen ausgebrochen.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. Okt. 1908 der vierundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. Oktober bis 1. November fällig.

Die Ortsgruppen Osberg, Abed, Hedderhelm, Ertelenz, Hanau, Offenbach, Frankfurt und Oberursel erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfg. Die Ortsgruppe Kaiserslautern zur Erhebung eines monatlichen Extrabeitrages von 10 Pfennig.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieber. Alle Kassierer, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmescheine von allen neuertretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind, genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschrift, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seidenstraße 10, zu adressieren.

Die Abrechnung vom 3. Quartal ist von allen Ortsgruppen, welche dieselbe bis jetzt noch nicht eingefandt haben, sofort fertig zu stellen und einzusenden. Sämtliche alte Marken sind dabei einzuziehen und mit der Abrechnung an die Zentrale zu senden. Es dürfen jetzt nur noch neue, zweifarbige Marken verwendet werden; alte Marken die für die Zeit nach dem 1. Oktober verwendet werden, sind als ungültig zu betrachten.

Aus dem Verbandsgebiet.

Duisburg. Ein vorlauter und zudem recht unvorsichtiger Mann ist der Formmeister F. von der Firma Esch u. Stein. Nach unserer Generolverammlung hat er versucht, die Arbeiter gegen unsern Verband aufzuheben, indem er sich den Ausdruck gestattete: Seid doch nicht so dumm, eure Groschen für den Verband zu bezahlen, damit machen die Beamten ja nur Vergnügungsbreien, wie jetzt der Kehler nach München. Das wagt derselbe Mann zu sagen, der bei der vorjährigen Bewegung unsere Kollegen angefleht hat, ihn doch zu schonen, damit er seine Stellung behalte. Damals ist er auch geschoht worden, denn die organisierten Arbeiter sind nicht so rücksichtslos, jeden unbeliebten Vorgesetzten materiell zu schädigen. Da tät Herr F. . . . aber auch sehr gut daran, unsere Organisation in Ruhe zu lassen, und das raten wir ihm in seinem eigenen Interesse und in aller Güte. Ebenso raten wir ihm dringend, wegen dieser Äußerung unserer Kollegen jenseit anzusehen, sonst müßten wir weiter mit ihm reden, und zwar in einer Art und Weise, die ihm sehr unangenehm werden könnte. Mag er unsern Verband höchst in Ruhe lassen, dann soll der Meister F. . . . uns auch nicht kummern, dann gehen uns seine Arbeits- und Privatverhältnisse und Liebhabereien nichts an; will er aber ernstlich gegen uns vorgehen, dann nur zu! Möge er es aber

nicht bereuen, wenn es zu spät ist. — Auch noch anderen Unterbeamten in hiesigen Werken werden wir bald einmal gründlich auf die Finger klopfen, wenn sie ihre Agitationen nicht bald drängen.

Letmathe. In unserer Mitgliederversammlung am 11. Oktober erstattete Bezirksleiter Weinbrenner Bericht über die stattgefundene Verbands-Generalversammlung in München. Der Berichterstatter führte uns die Erfolge, welche der Verband in den neun Jahren seines Bestehens zu verzeichnen hat, vor Augen. Vor allem in Schaffung besserer Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Behandlung ufm. Sodann wurden die Beschlüsse über die zukünftigen Verbandsbeiträge besprochen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen für Einführung des 66 Pfg.-Beitrags (einschließlich Lokalbeitrag) aus. Hoffentlich werden die Kollegen, die vor der Beschlussfassung des Wochenbeitrags das Total verlassen haben, dem Beschluss gern beistimmen. Zur Stärkung des Verbandes nach innen und nach außen ist das notwendig, und um 10 Pfennig halber wird kein denkender Arbeiter dem Verband den Rücken kehren und wieder zur indifferenten Masse zurückkehren. Kollegen, zeigt echten Gewerkschaftsgeist, das ist agitatorischer Eifer und Opferwilligkeit.

Hann. Unsere Ortsgruppe hielt am Dienstag, den 17. Oktober eine Versammlung ab, in welcher der Bezirksleiter über unsere Verbands-Generalversammlung referierte. Gleichzeitig sollte nach dem Beschluss der letzten Bezirkskonferenz auch hier der 70 Pfg.-Wochenbeitrag als Normalbeitrag festgelegt werden. Der Besuch der Versammlung war schlecht und stand in keinem Verhältnis zu der wichtigen Sache, die verhandelt wurde. Nach dem Referat des Bezirksleiters waren alle Anwesenden mit der Festsetzung des Wochenbeitrages auf 70 Pfg. einverstanden, nur waren einige Kollegen der Meinung, man müsse erst noch eine Versammlung abhalten, um allen Kollegen Gelegenheit zur Aussprache hierüber zu geben. Der Bezirksleiter widersprach dem ganz entschieden, denn wenn die anwesenden Kollegen Interesse an dem Verbandsleben hätten, dann müssten sie an dem heutigen Abend zur Stelle sein.

Ueberhaupt hat sich hier in der Ortsgruppe ein Mobus eingeschlichen, der einmal öffentlich gerügt werden muß. Was ist das z. B., wenn um 9 Uhr Versammlung sein soll und es kommen mit dem Glodenschlag 9 glücklich die ersten beiden Kollegen an. Der Vorstand (der, nebenbei gesagt, um 6 Uhr Feierabend hat und nach dem Total vielleicht einen Weg von 5 Minuten) kommt dann später, obwohl er weiß, daß der Bezirksleiter schon viel früher zur Stelle war. Dann wurde in der letzten Versammlung eine Anzahl von Wünschen vorgebracht wegen Unterstützung, und gerade von den Kollegen, die da sein könnten und müßten, es aber vorziehen, zu Hause zu bleiben. Ist es ein Wunder, wenn die Ortsgruppe nicht vorwärts kommt? Können solche Kollegen, die nie oder sehr selten eine Versammlung besuchen, auch wirklich Agitatoren sein für unsere Sache? Wir sagen nein, und den Beweis dafür sehen wir in dem Stillstand der Ortsgruppe.

Im Laufe des letzten Sommers war wohl etwas Leben vorhanden, als es galt, uns die Anerkennung bei dem Tarifabschluß zu verschaffen. Jetzt, nachdem wir denselben abgeschlossen haben, ist wieder der alte Schlendrian zu verzeichnen. Und doch hätten alle Kollegen Ursache genug, etwas tätig zu sein, denn der Tarif läuft am 1. Juli 1906 ab und es kann uns nicht gleichgültig sein, wie es von dort ab weiter gehen soll. Wenn keine Schulung der Mitglieder vorhanden ist, kann auch keine Verbesserung im Arbeitsverhältnis eintreten, denn die ungeschulten Kollegen sind ja nicht fähig, an dem Abschluß eines Tarifvertrages mitzuarbeiten.

Dann noch ein Wort betreffs Unterstützung für Lohnausfall infolge verkürzter Arbeitszeit. Ist es nicht ein Hoß, wenn solche Kollegen durch Dritte ihre Wünsche vorbringen lassen, obwohl sie wissen, der Bezirksleiter ist zur Stelle und sie brauchen nur zu kommen, um ihre Sache selbst zu vertreten. Ist dann die Antwort, die ihnen gesagt wird, nicht nach ihrem Sinn, dann sind sie verdammt, obwohl sie gar keine Ursache dazu haben können. Wer sein Statut kennt, der weiß ganz gut, welche Rechte ihm zustehen, aber er kann darin auch sehen, welche Pflichten er zu erfüllen hat. Aber in letzterem Punkte scheint man hier wenig Gewicht darauf zu legen. Das gilt namentlich auch für den Versammlungsbesuch.

Im letzten Jahr wurde hier ein Unterrichtsкурсus und zwar wie man sagt, mit großem Erfolg abgehalten. Hat man auch bei uns Metallarbeitern, die doch ziemlich stark dabei vertreten waren, schon einen Erfolg in dieser Hinsicht zu verzeichnen? Bis jetzt noch nicht. Sollte es aber noch der Fall sein, nun, dann wird es uns freuen, denn nötig, sehr nötig ist es hier und es liegt im eigenen Interesse der Kollegen.

Sedderheim. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 12. Oktober eine Versammlung ab, zu welcher Kollege Scherer-Differding erschienen war und ein vortreffliches Referat über die Münchener Generalversammlung hielt. Referat erklärte uns, wie notwendig es ist, mehr zu neuern, um alle Ausgaben, die die Verbandskasse hat, zu bestreiten und um auch eine starke Kriegsstufe zu erhalten. Am Schlusse seiner Rede empfahl er einen 70 Pfennig-Beitrag inklusive Lokalsteuer zu erheben. Das auch von den anwesenden Kollegen einstimmig angenommen wurde. Hoffentlich wird sich keiner der abwesenden Kollegen deshalb anschließen und gern und freudig den beschlossenen Beitrag zahlen wie die anderen.

Den nicht erschienenen Kollegen wird noch besonders warm empfohlen, Referate wie dasjenige unseres Bezirksleiters öfters anzuhören, um einen Ueberblick über die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften zu erhalten, und wenn dann jeder durchdrungen ist von dem Wert und der Notwendigkeit des Zusammenhaltens, wird sicher keiner mehr die Versammlungen versäumen und auch sonst überall am Ausbau des Verbandes mitarbeiten.

St. Ingbert (Wfalz). In der vergangenen Woche wurden im Saarindustriegebiet in mehreren Tagen 10 Versammlungen abgehalten, die alle zahlreich besucht waren und einen demonstrativen Verlauf nahmen. Hier fand am 13. Oktober, abends im Karlsbergjale eine Bezirksversammlung statt. Der große Saal war bis auf den

letzten Platz besetzt. Gegen 400 Arbeiter hatten sich schon nach der Nachtschicht an der um 8 Uhr morgens stattgehabten Versammlung beteiligt.

Mit Befriedigung konstatierte dies Kollege Wernerus zu Beginn und er meinte, daß dieser glänzende Besuch wohl der beste Beweis sein dürfte, daß der fromme Wunsch der „Anzeigers“ (eines arbeitereindlichen Lokalblattes), Arbeiter und Bürger möchten der Versammlung fernbleiben, weil es eine Zentrumsversammlung sei, nicht auf fruchtbaren Boden gefallen sei. Im übrigen erklärte Wernerus: „Das christliche Gewerkschaftsstatut und die St. Ingberter Gewerkschaftler lehnen es endgültig ab, auf die kindische Art des „Anzeigers“ zu reagieren, der immer wieder nichts Besseres vorzubringen weiß, als das Ammenmärchen von der Zentrumsgelehrtheit.“ Wieder ermunterte sodann zu reger Arbeit im kommenden Winter. Die Zeit sei ernst.

Der Referent des Abends, der Zentralvorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Wieder, nahm eingangs seines Vortrages gleichfalls Veranlassung, den Gehalt des „Anzeigers“ niedriger zu hängen. Das Thema des Referates lautete: „Wohin führen wir im Saarrevier?“ Was wollen wir? so fragte der Redner, wollen wir den Unsturz oder unsere Industrie zu Grunde richten? Wollen wir Moral, Recht und Staat untergraben? Nichts von alledem. Gerade das Gegenteil erstreben wir. Wir wollen, daß der Arbeiter gleichberechtigt wird, daß er sich aber auch der Verantwortung gegenüber dem Staat, seinen Mitmenschen und seiner Familie voll und ganz bewußt ist.

Wenn das aber manchen Leuten nicht paßt, dann beweist das, daß diese Leute den Eigennutz in den Vordergrund stellen. Daß aus seiner Haut nur Riemen geschneitten werden, das läßt sich der Arbeiter heute nicht mehr gefallen. Und wenn die zweifelhaftesten Geld- und Geschäftsmannipulationen getrieben werden, dann hat der Arbeiter auch ein Wort mitzuspochen. Warum soll der Arbeitsvertrag einseitig hergestellt werden und warum soll der Arbeiter nichts mitzuspochen haben? Warum soll nicht der Arbeiter, der seine Arbeitskraft einsetzt, ebenso an dem Gewinn der Produktion teilnehmen wie derjenige, der das Geld hergibt? Woher kommt denn das Geld? doch nicht zuletzt von dem Schweße Tausender deutscher Arbeiter.

Diese und ähnliche Fragen stellte Redner und er kam in ihrer Beantwortung zu dem Schluß, daß der Arbeiter berechtigt ist, seinen Lohn und sein Recht zu verlangen. Nicht Wohlstand wolle der Arbeiter, sondern sein gutes Recht, Gleichberechtigung in jeder Beziehung. Der Weg zu diesem Ziele geht aber nur durch eine starke Organisation. Weiterhin kam Kollege Wieder auf die Art dieser Organisation zu sprechen. Interkonfessionell müsse sie sein und politisch neutral. Sein konfessionelles Moment dürfe die Arbeiter trennen und keine politische Anschauung. Diesen Bestrebungen hulldigen die christlichen Gewerkschaften.

Zum Schluß sprach Redner von der Bedeutung, die die christliche Arbeiterbewegung bereits erlangt habe, von ihren Erfolgen und von der Anerkennung, die sie überall gefunden. Auch die heutige Versammlung möge dazu beitragen, den Organisationsgedanken neu zu erwecken und neue Begeisterung zu schaffen zu gemeinsamer Arbeit, um so den ganzen Arbeiterstand wirtschaftlich und kulturell zu kräftigen und zu fördern.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. In seinem Schlußwort fasste der Vorsitzende nochmals kurz das Streben und die Prinzipien der christlichen Gewerkschaften zusammen und verteilte dem Wünsche Ausdruck, daß den uns aufgedrungenen Kämpfen ein schöner Sieg beschieden sein möge. Es sei nicht schlecht bestellt mit der Steuerung im Saarrevier wenn aber noch manches zu wünschen sei, so liege das an den Indifferenten, die fernbleiben der Organisation und die anderen die Pastorien aus dem Feuer holen lassen. Mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Düren. Am Freitag, den 30. Oktober finden die Wahlen für das Gewerkschaftsgericht des Kreises Düren statt. Die christlich-nationale Arbeiterchaft, welche bei der vorigen Wahl alle 12 Beisitzerstellen eroberte, muß auch bei der jetzigen Wahl dafür Sorge tragen, daß der Wahltag ein Ehrentag für sie werde. Es gilt deshalb nicht bloß für die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, sondern auch für alle Mitglieder, auf dem Posten zu sein. Ein jeder Kollege muß es sich zur Pflicht machen, nicht nur selbst zu wählen, sondern auch agitatorisch tätig zu sein und alle Gesinnungsgenossen für die Wahl zu animieren. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben und das Wahlergebnis in unserem Sinne ausfallen.

Regen. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 29. September erstattete unser Delegierte Kollege Konrad-Nürnberg Bericht über den Münchener Verbandskongreß. Fast jede Generalversammlung bringe mehr oder weniger tief einschneidende Reformen mit sich. Diese Reformen sind notwendig, um die Organisation in ihren Einrichtungen an die neuartigen Verhältnisse anzupassen.

Gerade die gegenwärtige geschäftslaulche Zeit müsse hierin ein gewaltiger Lehrmeister sein. Dringlich sei die Arbeiterchaft gefieit, die nicht eine wohlausgebaute Organisation hinter sich hat. Neben sonstigen Verschlechterungen machen die Lohnreduzierungen häufig das Jährliche des „geparten“ Wochenbeitrages aus. Um dies möglichst abzuwehren, wie auch zur Eringung besserer Verhältnisse künftighin, wird die denkende Arbeiterchaft vorbauen. Zudem müsse auch den enormen Anforderungen der Erwerbslosenunterstützung Rechnung getragen werden.

Der Referent ergänzte seine Ausführungen zahlenmäßig und besprach die Stellungnahme des Verbandskongreßes zu den verschiedenen aktuellen Fragen. Es liege nun an den Kollegen auf der neugeschaffenen Grundlage durch Kleinarbeit weiter zu bauen, das Organisationsgebäude zu vervollständigen.

In der darauf folgenden Aussprache zeigte sich einmütige Befriedigung über Arbeit und Beschlüsse des Verbandskongreßes. Einige Kollegen sprachen sich für den 70 Pfg.-Wochenbeitrag aus. Die Erhebung des Sozialbeitrages wurde demnach zurückgestellt für nächstes Jahr in Rücksicht

auf die ungünstigen Verhältnisse. Verschiedene Kollegen schlossen sich sofort der 80 Pfg.-Beitragsklasse an.

Weiter gibt es immer noch solche Kollegen in unserer Ortsgruppe, die glauben, das Beitragszahlen allein genüge. Die Folge ist schließlich, daß solche Kollegen nicht das aller notwendigste wissen, und oft verständnislos wichtigen Vorläufern gegenüberstehen. Die Arbeiterschaft, die nun in den Tag hineinsteht, muß auch mit allem Zufrieden sein was der nächste Tag bringt. Das sollte auch in der Beamtenschaft die auch der letzte Arbeiter wissen. Wollen wir aber ein Mitbestimmungsrecht, ein Mitreden über das, was unser künftiges Wohl und Wehe betrifft, dann heißt es für jeden Einzelnen Hand anlegen. Deshalb Kollegen, auf zur regen Mitarbeit, das Augenmerk dem Verbandsorgan, die regere Teilnahme an den Versammlungen, die ganze Person für die Agitation, für unsere Sache!

Wohum. Made ist süß und meine Autorität will ich mir wahren, so denkt der Meister Vogler auf der Stahlindustrie. Doch soweit ist Herr Vogler noch nicht, vorläufig ist er noch Hammerschmied. Vor kurzem haben wir uns noch mit diesem Herrn in unserem Organ befassen, es hätte etwas zur Verbesserung beigetragen. In letzter Zeit scheint aber die Sache etwas vergessen zu sein, denn Herr V. fällt wieder in seine alten Fehler zurück. Nun nun den unorganisierten Kollegen zu zeigen, daß wir zur Besserung unserer Lage uns aufraffen können, sei des Herrn nochmals im Organ unseres Verbandes gedacht. Früher konnte derselbe schalten und walten wie er wollte, jetzt aber Herr Linde nicht mehr das Ganze hat und der jetzige Betriebsführer im Amt ist, geht es nicht mehr wie ehedem.

Vor einigen Wochen sollte der Arbeiter W., der 3 Jahre eine bestimmte Arbeit gemacht, Asche fahren. Der Arbeiter W. beschwerte sich beim Betriebsführer. Da äußerte sich Herr V. zu seinen Freunden: Das beschweren bricht dem W., den Hals, ich merke mir dieses und bei einer passenden Gelegenheit fliegt er. Nach kurzer Zeit vergißt sich der Arbeiter an eine Schicht „blaute“. Der Grund war da ihn zu klüßigen. Blaumachen gibt es bei richtigen Gewerkschaften nicht, sonst würden auch schon die Organisierten geflohen sein. Wer zu allem Ja und Amen sagt, der kann bei Herrn V. auch mal bummeln oder betrümen sein, das sieht der nicht. Wer sich aber wehrt und sich den Unteroffizieren und das Treiben verbietet, dem wehe; der kann gehen, wenn's nicht paßt, da ist derselbe sofort beim Betriebsführer, um den Arbeiter anzuschwarzen. Vor kurzem verbot sich auch ein Arbeiter das schreckliche Antreiben. Da sagte er, na, wenn's euch nicht paßt, dann sagt es, und seinem Freund H. (S. T. organisiert) sagte er, meine Autorität will ich mir wahren und sofort war er beim Betriebsführer. Doch der betreffende Arbeiter ließ sich nicht ohne weiteres einschüchtern, er wehrte sich und blieb.

Ordnentliche Kommandos am Hammer hört man nur, wenn die Luft nicht rein ist oder wenn Besuch kommt. Vor einigen Tagen erschien ein Herr mit einer Dame zur Besichtigung des 300 Hektner-Hammers, da gab's großartige Kommandos von Herrn Vogler, da zeigte er sich von einer ganz anderen Seite. Welche seinen Manieren der Herr sonst hat, zeigt folgendes: Mit dem Wasserstrahl, aus welchem die Arbeiter im Notfall trinken, spült er sich die Nase aus. So könnten wir noch vieles anführen, vorläufig möge es genügen, um Herrn Vogler wieder auf den Weg der Besserung zu bringen. Den unorganisierten Kollegen mögen diese Zeilen zeigen, daß sie einen Beschützer haben und das ist der christliche Metallarbeiterverband. Wenn sie sich alle demselben anschließen, kann wird es schon Ordnung geben, denn die Stahlindustrie kann eher einen klüßigen Hammerschmied ersehen, als 50-60 tüchtige Arbeiter.

Luzernburg. Am Samstag, 10. Oktober, fand in Differdingen eine Versammlung des christl. Metallarbeiterverbandes statt, zu welcher die christliche Arbeiterchaft Differdingens eingeladen war. Der dortige Pfarrer, Präses des Arbeitervereins, steht den christl. Gewerkschaften freundlich gegenüber und unterstützt sie, soweit es möglich ist. So wurden auch die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins Differdingen zu dieser Versammlung eingeladen. Doch hatten die Einberufer die Rechnung ohne den Arbeitersekretär Klepper gemacht. „Der Arbeiter“, Verbandsorgan der Luzernburger kath. Arbeitervereine, dessen Redakteur Herr Arbeitersekretär Klepper ist, brachte in seiner Nr. 41 vom 10. Oktober auf der ersten Seite in Fettdruck einen Aufruf an die katholischen Arbeiter der Gemeinde Differdingen, in welchem vor dem Besuche der Versammlung gewarnt wurde. Als vor Beginn der Versammlung die Arbeiter den Saal der Wirtschaft Breiden betreten wollten, war die Türkante mit Menschenkot dicht befleckt. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man die Urheber dieser schmutzigen Hebeln in jenen Reihen sucht, die gegen die christlichen Gewerkschaften fanatisiert wurden. Aber trotz allen Warnungen und Schikanen fand die Versammlung doch statt und war gut besucht, und die Neuaufnahmen am Schlusse der Versammlung haben bewiesen, daß auch die Luzernburgische Arbeiterchaft eingeschlossen hat, daß ihre Interessen nur in den christlichen Gewerkschaften energig vertreten werden.

Sonderbar berührt es aber, wenn man sieht, wie der Herr Arbeitersekretär Klepper innerhalb kurzer Zeit seine Bestimmung geändert hat. Noch im Jahre 1906, am 12. Juli, schrieb er anlässlich des Streiks auf der Ruracher Hütte an einen dortigen Gewerkschaftssekretär u. a.:

„Vor allen Dingen muß ich Dir, sowie den dortigen Kollegen zu dem errungenen Erfolge gratulieren. Wie mir Kollege Herzog schreibt, hat er Dich von meinem Schreiben in Kenntnis gesetzt und auch mir geraten, mich mit Dir zu verständigen. Es gilt jetzt für uns hier fest einzusetzen. Der offene Kampf mit den Verlinern „Anarbeitern“ ist unausweichlich und wirst Du wohl jetzt Dein Tätigkeitsgebiet hierher verlegen müssen. Die Mitglieder der Arbeitervereine werden aufgefordert, sich den christlichen Verbänden nicht anzuschließen.“

So waren die Meinungen des Herrn Arbeitersekretärs Klepper im Jahre 1906 und heute warnt er die Arbeiterchaft öffentlich in der Presse, christliche Gewerkschaftsversammlungen zu besuchen. Woher kommt es, daß dieser Herr seine Meinung so schnell geändert hat? Kam er bei den christlichen Gewerkschaften vielleicht nicht auf seine Rechnung? Bei den „Verlinern“ finden große Gelder eher Unterstützung, wir beneiden weder Herr noch Kerl darum.

Soziale Rechtspflege.

Zahlungspflicht der Krankenkassen für Zahnplomben.

Eine zahnkrante Arbeiterin, die ärztlicher Hilfe bedürftig war, erhielt zwar von der Krankenkasse einen Krankenschein für den Kassenzahnarzt, doch wurde von der Kasse auf dem Schein mit roter Tinte bemerkt: „Plomben werden von der Kasse nicht bezahlt.“ Nach Ansicht des Kassenzahnarztes mußten aber Plomben gelegt werden. Er legte denn auch kurzerhand sechs Plomben und erhob wegen der Kosten von 14 Mark Mlage. Durch das Urteil des Landgerichts Dresden vom 14. März 1908 wurden ihm diese 14 Mark auch zugesprochen. Welcher Art die ärztliche Behandlung sein müsse, habe der Arzt allein zu bestimmen, ohne dabei an die Weisungen der Krankenkasse gebunden zu sein. Die durch die ärztliche Behandlung entstehenden Kosten habe die Krankenkasse zu tragen. Daß die Fälligkeit der Zähne eine Krankheit sei, sei allgemein anerkannt.

Verhältnis der Hilfskassenmitglieder zur Ortskrankenkasse.

Mitglieder einer eingeschriebenen Hilfskasse, die den Anforderungen des § 76 A.B.G. genügt, sind von der Verpflichtung, einer Ortskrankenkasse anzugehören, befreit. Sie können aber zu Beginn der Beschäftigung oder aber auch später nach Aufnahme der Arbeit jederzeit auf die Befreiung verzichten und sind dann zur Ortskrankenkasse anzumelden. Dieser Verzicht kann aber, wie das Amtsgericht Berlin-Mitte in einer Entscheidung vom 3. Januar 1908 anerkannt hat, nicht mehr ausgesprochen werden, wenn der Unterstützungsfall bereits eingetreten ist. (Arb.-Verf. 1908. S. 555).

Verjährung des Anspruchs auf Unfallrente.

Von weittragender Bedeutung für die Arbeiterschaft ist die rechtzeitige Anmeldung des Unfalles. Immer wieder wird in der Arbeiterpresse darauf hingewiesen und mit praktischen Beispielen erläutert, daß selbst die geringfügigsten Verletzungen angemeldet werden sollen. Es sind heute die ganze Reihe von Unfällen zu verzeichnen, bei denen die Berufsgenossenschaften durch Verstoß den Entschädigungsanspruch ablehnen, weil nach den §§ 72 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes und 78 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft dieselben verjährt sind. Das Gesetz besagt, daß Entschädigungsberechtigten, bei denen nicht von Amts wegen die Entschädigung festgestellt ist, vor Ablauf von zwei Jahren nach Eintritt des Unfalles, den Unfall bei derjenigen Berufsgenossenschaft anzumelden haben, der die Entschädigungspflicht obliegt. Die Anmeldung gilt auch dann als gewahrt, wenn dieselbe bei einer anderen Berufsgenossenschaft oder bei der für den Wohnort des Beschäftigten zuständigen unteren Verwaltungsbehörde erfolgt ist.

Es kommt sehr häufig vor, daß verunglückte Arbeiter ihrem Arbeitgeber von dem Unfall nichts berichten, weshalb vielfach eine amtliche Feststellung nicht erfolgen kann. Man behält vielfach das Ereignis für sich und geniert sich, seinen Arbeitgeber oder Arbeitskollegen hiervon zu verständigen, weil man glaubt, von weiteren Folgen verschont zu bleiben. Gar oft ist die Art der Verletzung eine ganz unscheinbare, zeitigt aber erst nach Jahren sehr schlimme Folgeerscheinungen, die nicht selten zur Arbeitsbeschränkung, ja sogar Arbeitsunfähigkeit führen. Wir wollen auch nicht verhehlen, daß so mancher Arbeitgeber trotz Wissen des Unfalles seiner Anmeldepflicht nicht nachkommt und dabei oft seinen Arbeiter mit Familie durch seine Nachlässigkeit ganz erheblich schädigt. Es ist daher um so wichtiger, daß sich der Verletzte vergewissert, ob eine Anmeldung erfolgt ist und dann den Unfall bei der unteren Verwaltungsbehörde selbst anmeldet. Dies muß natürlich vor Ablauf von zwei Jahren, vom Tage des Unfalles an gerechnet, erfolgen. Es genügt auch nicht bei der zuständigen Gemeindebehörde die Anmeldung zu tätigen, sondern bei der von der Landeszentralbehörde bestimmten unteren Verwaltungsbehörde.

Ist eine rechtmäßige Anmeldung nicht erfolgt, dann ist der Anspruch verjährt. Das Gesetz enthält aber auch in seinen Bestimmungen der oben erwähnten Paragraphen Absatz 2 eine Erweiterung der zweijährigen Anmeldefrist, indem es denjenigen Verunglückten, der glaubhaft nachweist, daß bei ihm die Folgen des Unfalles erst nach dieser Frist bemerkbar wurden, nicht an diese Frist bindet. In solchen Fällen hat aber der Unfallverletzte die Anmeldung innerhalb dreier Monate, nachdem die Unfallfolgen bemerkt wurden, anzumelden. Einige Beispiele sollen hier zur Aufklärung dienen:

Ein Arbeiter verunglückte am 12. Januar 1905 in einem versicherungspflichtigen Betriebe dadurch, daß er von einer Leiter aus einer Höhe von ca. 2 Meter abstürzte und eine Kontusion (Quetschung) am Kopfe erlitt. Nach dreimonatlicher Krankheitsdauer war er wieder vollständig arbeitsfähig hergestellt, mußte aber vom Herbst des Unfalljahres ab bitter wegen Schwindelgefühl und Kopfschmerzen die Arbeit aufgeben. Im Sommer 1907 wurde der Verletzte wegen vorgeschrittener Verschlimmerung seines Zustandes als geisteskrank erklärt und von den Eltern gegen den Bezug einer ganz niedrigen Invalidenrente in Pflege genommen. Dieselben versuchten nunmehr, eine Entschädigung von der Berufsgenossenschaft zu erreichen, wurden aber von derselben sowie vom Schiedsgerichte abgewiesen, weil die zwei-jährige Anmeldefrist verstrichen war. Es haben sich in diesem Falle die Folgen des Unfalles nicht erst nach Ablauf der Frist bemerkbar gemacht, sondern schon gleich verhältnismäßig kurze Zeit nach dem Unfälle. Dieser Fall ist also als verjährt anzusehen.

Ein anderer Arbeiter zog sich bei seiner Beschäftigung durch Verührung eines elektrischen Leitungsdrahtes einige Brandwunden an der rechten Hand zu. Nach achtwöchentlicher Behandlung war die Hand glatt verheilt und keine

Erwerbsbeschränkung zurückgeblieben, was durch Weiterbezug des gleichen Lohnes bestätigt wurde. Erst nach 3 1/2 Jahren bemerkte er, daß sich in seinem rechten Arme eine Veränderung zeigte, da sich ein kleiner roter Armefallonde Schwäche des Armes einstellte, und den Verletzten hinderte, seine Arbeiten wie früher auszuführen. Er meldete, nachdem er ungefähr drei Wochen mit Aufwendung aller Kräfte und mit Mühe seine Arbeit ausführte, unter Belagtgabe eines Zeugen über diesen Vorfall bei der unteren Verwaltungsbehörde den vor über drei Jahren erlittenen Unfall an. Die Berufsgenossenschaft lehnte allerdings den Anspruch auf Gewährung einer Unfallrente ab, aber das Schiedsgericht hat auf eingelegte Berufung die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft ausgesprochen, da eine Verletzung nicht eingetreten sei, da der Verletzte beim Bemerkten aufstretender Folgen innerhalb der dreimonatlichen Frist die Anmeldung rechtzeitig tätigt. Die zwei-jährige Frist kann hier als Verjährungsgrund nicht angeführt werden, da der Verunglückte bis zur Anmeldung seines Anspruches als vollwertiger Arbeiter die ihm übertragenen Arbeiten ohne jede Behinderung und beim gleichen Lohnbezug ausführte. Aus den angeführten Beispielen ist ersichtlich, wie notwendig es ist, die Anmeldefrist richtig einzuhalten, um sich nicht selbst zu schädigen.

Sozial.

Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1907.

Der Bericht über die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1907 wird in Nr. 9 des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht. Daraus ist zu ersehen, daß im Jahre 1907 im Deutschen Reich 425 gegen 339 im Jahre 1906 auf Grund des Reichsgesetzes errichtete, 20 (1906: 20) auf Grund des Landesgesetzes zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte und 419 (1906: 429) Innungsschiedsgerichte bestanden. Letztere bestehen bekanntlich nur für die im Handwerk beschäftigten Meister und Gesellen. Die Zahl der beim Gewerbegericht angelegten Klagen betrug insgesamt 112 543 gegen 114 530 im Vorjahr. Es wurden also 1987 Klagen weniger angelegt als im Jahre 1906.

Von diesen Klagen waren anhängig gemacht worden von

	1906	1907	+ oder -
Arbeiten gegen Arbeitgeber	108 532	102 074	- 6458
Arbeitgebern gegen Arbeiter	10 655	9 472	- 1 183
Arbeitern gegen Arbeiter	343	397	+ 54

Die Klagen der Arbeiter gegen Arbeitgeber und umgekehrt die der Arbeitgeber gegen Arbeiter haben gegenüber dem Vorjahre eine bedeutende Einschränkung erfahren. Es wird das wohl in der Hauptsache auf die schlechte Konjunktur und auf die steigende Zahl der Tarifabschlüsse zurückzuführen sein. Die Zahl der Klagen der Arbeiter gegen Arbeitgeber untereinander haben zugenommen. Von all den Klagen wurden bis zum Jahreschlusse 1907 erledigt durch

	1906	1907	+ oder -
Vergleich	78 729	47 378	- 31 351
Verzicht	2 436	2 940	+ 504
Anerkenntnis	1 845	1 651	- 194
Verdammungsurteil	11 658	11 356	- 302
andere Endurteile	11 831	18 196	+ 6365

Unter „andere Endurteile“ verstehen wir solche Urteile, durch die der Angeklagte nach Untersuchung des Falles entweder verurteilt oder freigesprochen wurde. Bei diesen Urteilen dauerte das Verfahren in

	1906	1907	+ oder -	
5 808	5 610	- 198	Fällen weniger als eine Woche	
6 118	5 410	- 708	" 1 bis auschl. 2 Wochen	
4 612	4 783	+ 171	" 2 bis " 1 Monat	
2 006	2 194	+ 188	" 1 bis " 3 Monate	
287	244	- 43	" 3 Monate und mehr.	

Der Streitgegenstand hatte einen Wert in

	1906	1907	+ oder -	
51 587	51 615	+ 28	Fällen bis einschl. 20 M.	
33 100	32 444	- 656	" von 20-50 M.	
14 368	15 222	+ 854	" von 50-100 M.	
7 804	8 551	+ 747	" von mehr als 100 M.	

In 527 Fällen wurde im Jahre 1907 Berufung eingelegt gegen 526 Fällen im Jahre 1906. Bekanntlich kann nur dann Berufung eingelegt werden, wenn der Wert des Streitgegenstandes 100 Mark übersteigt.

Neben seiner Aufgabe als Gericht hat das Gewerbegericht auch die Aufgabe als Einigungsamt für Streitigkeiten, die zwischen einem Arbeitgeber und wenigstens mehreren Arbeitern ausgebrochen sind oder auszubrechen drohen, zu fungieren. Jedoch besteht für die Parteien nur ein Erziehungszwang, aber kein Verhandlungszwang. Sobald das Gewerbegericht von einer der streitenden Parteien angerufen wird, ist der Vorsitzende verpflichtet, die andere Partei vorzuladen. Nun können aber die Streitenden nicht zu der Verhandlung gezwungen werden. Trotz alledem besteht schon ein Vorteil darin, daß die Beteiligten einmal zusammen kommen. Meist erfolgt dann auch eine Verhandlung.

Das Gewerbegericht wurde angerufen von beiden Parteien in 180 (1906: 253) Fällen, seitens der Arbeitgeber allein in 9 (6) Fällen, und in 160 (234) Fällen seitens der Arbeiter allein. Im Ganzen trat also das Gewerbegericht 339 gegen 433 mal im Jahre 1906 in Tätigkeit. Das hätte zur Folge, daß es in 135 Fällen (1906: 195) zu einer Vereinbarung, in 52 (33) Fällen zu einem Schiedsspruch kam. In 78 (20) Fällen kam es weder zu einem Schiedsspruch noch zu einer Vereinbarung. Zu bemerken ist jedoch, daß der vom Gewerbegericht gefällte Schiedsspruch keine gesetzliche Wirkung hat. Keine der Parteien kann gezwungen werden, sich demselben zu unterwerfen. Es unterwarfen sich dem Schiedsspruch beide Teile in 40 (29) Fällen, in 7 (3) Fällen unterwarfen sich nur die Arbeitgeber, in 2 (4) Fällen nur die Arbeitnehmer, und in 3 (2) Fällen unterwarfen sich weder die Arbeitgeber noch die Arbeiter.

Nach § 75 des Gewerbegerichtsgesetzes ist das Gewerbegericht verpflichtet, „auf Ansuchen von Staatsbehörden oder des Vorstandes des Kommunalverbandes, für welchen es

errichtet ist, Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben.“ Im Jahre 1907 sind seitens der Gewerbegerichte selber nur 26 Gutachten abgegeben worden, gegen 33 im Jahre 1906. Jedoch trifft die Schuld dafür nicht die Gerichte, sondern die Staatsbehörden und die Vorstände des Kommunalverbandes, da die Gewerbegerichte ja nur auf „Ansuchen“ dieser Behörden ein Gutachten abgeben können. Das Gewerbegericht ist nach demselben Paragraphen auch berechtigt, „in gewerblichen Fragen Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reiches zu richten.“ Von diesem Rechte wurde im Jahre 1907 nur in 6 Fällen gegen 8 im Jahre 1906 Gebrauch gemacht. Und hier glauben wir, daß die Schuld für diese vorjährenden kleine Zahl von Anträgen einzig und allein die Gewerbegerichte trifft. Eine dankenswerte Aufgabe erwächst hier den Beamten aus Arbeiterkreisen, und besonders denen, die aus der Reihe der gewerblichen Arbeiterauswahl wurden.

Tuberkulosekämpfung und Wohnungspflege.

In der am 25. September in Duisburg stattgehabten 11. Generalversammlung des „Allgemeinen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens“ hat der Oberarzt Dr. Köhler von der Lungenheilstätte in Hülshausen bei Werden einen interessanten Vortrag über Tuberkulosekämpfung in ihren Beziehungen zur Wohnungsreform gehalten. Eine Reihe von Gesichtspunkten darauf scheinen uns besonders bemerkenswert. Dr. Köhler ging aus von dem Charakter der Lungenüberkuloze als einer „Krankheit geschlossener Räume“. Nicht jeder Lungenkranke bedeute eine Gefahr für seine Umgebung; eine Übertragung der Krankheit durch die Luft (Atem) bestehe kaum. Das Gefährliche wäre der Auswurf. Eine Umstehung, die ihn könne bewirkt werden, wenn er auf dem Boden trockne, als Staub aufgewirbelt und eingeatmet werde (besonders für Kinder beim Spielen auf dem Fußboden). Viel Licht und Luft, gesunde Lebenshaltung seien natürliche Widerstandskräfte gegen Ansteckung; eine feuchte Wohnung mit schlechter Luft verstärke die Anlage zur Krankheit. Nun sei die Tatsache unbestreitbar, daß ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung in völlig unzulänglichen Wohnungen ihr Leben verbringe: Die Wohnung ist eng, düster, die Luft feucht und schlecht, die Fenster meist geschlossen, um Heizmaterial zu sparen. Vielleicht dient die Lampe noch als Wärmer. Das ist die bekannte „Arme-Deute-Luft“.

In dieser Umgebung stumpt der Sinn für Reinlichkeit, die natürliche Feindin der Tuberkulose ab. Zum Charaktergehörigen ist keine Zeit, körperliche Uebermüdung an der Tagesordnung. Geistige Beschäftigung gibt es nicht. Hier fehlt die Freudigkeit des Lebens, die Lebensenergie sinkt. Eine ganze Reihe von Faktoren wirken also zusammen, die Disposition zur Tuberkulose ist verstärkt. Wir müssen bessere Wohnungen schaffen, alles Preisigen von Reinlichkeit und Volkshygiene bleibt nutzlos, es fehlt eben bei diesem Teil der Bevölkerung die Einsicht in die moralische Notwendigkeit einer Wohnungspflege. Dr. Köhler hat die häuslichen Verhältnisse von 1000 Lungenkranken seiner Anstalt untersucht und konnte aus dem gewonnenen Material alle seine Behauptungen belegen. Eine Ueberfüllung der Wohnungen und eine unzureichende Zahl von Betten hat er unzweifelhaft nachgewiesen. Die Stichprobe, die sich auf die Arbeiterbevölkerung im Ruhrrevier bezieht, haben schreckende Mängel enthüllt.

Uns gefiel in dem Vortrag des Arztes das scharfe Hervortreten des psychologischen Moments in der Frage, schreibt die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung. In der Tat vergessen wir zu oft, daß ein großer Teil der schlecht gelöhten Arbeiterbevölkerung unsern Anregungen hinsichtlich der Wohnungspflege einfach nicht folgen kann; die tagtägliche Umgebung ist stärker als unser Wort; die Leute verstehen uns einfach nicht; sie haben keine Empfindung für unsere Umgebung. So müssen denn wir sie verstehen und unser Hauptaugenmerk auf die Schaffung der materiellen Grundlage der sittlichen Erziehung legen, d. h. Schaffung von billigen guten Kleinstwohnungen.

Das Gebiet der Wohnungsfrage in ihren Beziehungen zum ganzen Kulturleben der Arbeiterbevölkerung ist noch lange nicht durchforscht. Mit Recht betonte Dr. Köhler die Notwendigkeit umfassender Erhebungen, staatliche Kontrollen, Schaffung von Hilfsstellen für Wohnungsfragen, gesunde Bodenpolitik, Wohnungsmerkblätter, die in Mailen unter das Volk geworfen würden, könnten wertvolle etnischen Aussagen leisten.

Gesundheitspflege.

Gesundheit! Wer wollte über den hohen Wert dieses kostbaren Gutes für den einzelnen wie für seine Familie noch viele Worte verlieren! Doch nicht nur für den einzelnen handelt es sich bei der Erhaltung der Gesundheit um eine überaus hohe und wichtige Aufgabe, sondern er dient dadurch auch der Allgemeinheit, dem Volksganzen. Zwei Beispiele hierfür:

Im Jahre 1906 kamen unter den damals vorhandenen 11 1/2 Millionen Kassenmitgliedern nahezu 4 1/2 Millionen Erkrankungen vor; jeder Krankheitsfall erforderte durchschnittlich 19,8 Krankheitstage. Die Kassen zahlten an Krankheitskosten über 241 Millionen Mark. Insofern die Annahme berechtigt ist, daß unter den übrigen 49 1/2 Millionen Einwohner Deutschlands, von denen etwa 28 1/2 Millionen zwischen 15 und 60 Jahren standen, die Erkrankungen nicht seltener und nicht von kürzerer Dauer als unter den Kassenmitgliedern waren, sind die Ausgaben für Krankheit, die im Jahre 1906 das Deutsche Reich zu tragen hatte, mit rund einer Milliarde Mark zu veranschlagen. Hierbei ist der Verlust durch Ausfall der Arbeitsleistung nicht mit in Rechnung gezogen.

Nach v. Mettenhofer kamen in München vor dem Jahre 1877 auf einen Sterbefall mindestens 34 Erkrankungen mit rund 20 Krankheitstagen. Wenn sich daher die Sterblichkeit in dieser Stadt so sehr vermindert hat, daß von je 1000 Einwohnern während des Jahres 1895-99 im Mittel 9 Personen weniger als damals starben, so hat München in diesem jetzt abgelaufenen Zeitraum bei seiner Einwohnerzahl von rund 425 000 Personen jährlich 3825 Todes-

Wird weniger genau, als den früheren Sterblichkeitsverhältnissen entspricht hätte. Demnach sind den Einwohnern Münchens neuerdings jährlich 3225 mal 34 mal 20 b. i. 2 1/2 Millionen Krankheitsstage erspart worden.

Wird allein aus diesen beiden Beispielen nicht schon mit aller Deutlichkeit der hohe Nutzen einer rationellen Gesundheitspflege mit dem Ziel, Krankheiten nach Möglichkeit zu verhüten und das Lebensalter hinauszuverschieben, hervor? Einen trefflichen Wegweiser dazu bietet die eben im Volksvereinsverlage erschienene Schrift: „Die Gesundheit“.

Das beste Mittel zur Förderung aller auf die Gesundheitspflege bezüglichen Maßnahmen ist Aufklärung und Belehrung, wie sie einmal durch Vorträge in Vereinen und Versammlungen, sodann aber auch im häuslichen Kreise erfolgen kann.

Vertrauenshaft und Vertrauensamt

In einer aus dem Bezirk Osnabrück beim Reichsversicherungsamt in einem landwirtschaftlichen Unfallvertriebe anhängig gemessenen Rekurssache wird Beschwerde darüber geführt, daß das zuständige Schiedsgericht einen Vertrauensarzt gehört habe, obwohl dieser auch als Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft tätig gewesen sei.

Das schlechte Gewissen der Hausarztverier

Der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung ist wesentlich beeinflusst durch die Wohnungsverhältnisse, weshalb auch die Krankenkassen an dieser Wechselwirkung lebhaft interessiert sind.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg sowohl, wie der Berliner Magistrat hatten entsprechende Ersuchen des Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine abgewiesen.

in der Wohnung bleiben darf.“ Selbst die nicht besonders sozial bewanderte „Tbal. Rundschau“ meint dazu: „Es ist bedauerlich, daß der Minister dem Begehren der Hausbesitzer nachgegeben hat, deren Interesse an der Sache dem doch von sozial recht bedenklichen Motiven diktiert ist.“

Die Meldung klingt so unangehörlich, daß man ihre Gerechtigkeit fast anzweifeln möchte. Allgemein herrscht im Volke, mit Ausnahme von Interessengruppen, die Auffassung, daß die Krankenkassen durch Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse eine bedeutende soziale Tätigkeit ausüben, die sowohl dem allgemeinen Wohl als besonders den Krankenkassen bzw. ihren Mitglieder zugute kommt.

Was darf gepfändet werden?

Selt dem 1. Januar 1909 sind folgende Gegenstände unpfändbar:

- 1. Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät, insbesondere die Heiz- und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners oder zur Unterhaltung eines angemessenen Haushaltes unentbehrlich sind;
2. die für den Schuldner, seine Familie und sein Gewerbe auf vier Wochen erforderlichen Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel, oder, soweit solche Vorräte auf zwei Wochen nicht vorhanden und ihre Beschaffung für diesen Zeitraum auf anderem Wege nicht gesichert ist, der zur Beschaffung erforderliche Geldbetrag;
3. eine Milchkuh oder nach Wahl des Schuldners statt einer solchen zwei Ziegen oder zwei Schafe nebst dem zum Unterhalt und zur Zucht für dieselben auf vier Wochen erforderlichen Futter- und Streuborräten oder, soweit eben solche Vorräte auf zwei Wochen nicht vorhanden, der zur Beschaffung erforderliche Geldbetrag, wenn die bezeichneten Tiere für die Ernährung des Schuldners, seiner Familie und seines Gewerbes unentbehrlich sind;
4. bei Personen die Landwirtschaft betreiben, das zum Wirtschaftsbetrieb erforderliche Gerät und Vieh nebst dem nötigen Dünger sowie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit sie zur Fortführung der Wirtschaft bis zu der Zeit erforderlich sind, zu welcher gleiche oder ähnliche Erzeugnisse genommen werden;
5. bei Künstlern und Handwerkern, gewerblichen Arbeitern oder anderen Personen, die aus Handarbeit oder sonstigen persönlichen Leistungen ihren Erwerb ziehen, die zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unentbehrlichen Gegenstände;
6. die Bücher, die zum Gebrauch des Schuldners und seiner Familie in der Kirche oder Schule oder einer sonstigen Unterrichtsanstalt oder bei den häuslichen Andachten bestimmt sind;
7. die in Gebrauch genommenen Haushaltungs- und Geschäftspapiere, die Familienpapiere, die Trauringe, Orden und Ehrenzeichen;
8. künstliche Gliedmaßen, Brillen und andere wegen körperlichen Gebrechens notwendige Hilfsmittel, soweit diese Gegenstände zum Gebrauch des Schuldners und seiner Familie bestimmt sind;
9. die zur unmittelbaren Verwendung für die Befestigung bestimmten Gegenstände.
Gegenstände, die zum gewöhnlichen Hausrat gehören und im Haushalt des Schuldners gebraucht werden, sollen nicht gepfändet werden, wenn ohne weiteres ersichtlich ist, daß durch deren Verwertung ein Erlös erzielt würde, der zu dem Werte außer allem Verhältnisse steht.

Briefkasten.

M. D. h., Magdeburg. Verbandsmitglieder, die von der Firma, ohne direkt krank zu sein, in ein Schulungsheim geandt werden und außerdem 15-18 Mark pro Woche erhalten, haben selbstverständlich keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung.

Sterbetafel.

Villingen. Unter Kollege Gregor Hettich starb am 9. Oktober an Lungenschwinducht im Alter von 36 Jahren. Am 12. Oktober starb unser Kollege Friedrich Hilbrand an Lungenschwinducht im Alter von 27 Jahren. Gütenbach (Waden). Am 12. Oktober starb unser Kollege und langjährige Kassierer Andreas Schiler im Alter von 66 Jahren infolge eines Nierenleidens. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gemeindegast in keiner Versammlung fehlen. Bochum. Sonntag, den 25. Oktober morgens 11 Uhr, große öffentliche Versammlung in der Tonhalle, Bongardstraße. Grefeld. Sektion der Elektromonteur. Am 31. Oktober, Sonntag, abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Schulze. Danzig. Sonntag, den 25. Oktober, 11 Uhr vormittags Bezirkskonferenz. Lokal: St. Josephshaus. Die Kollegen unserer

Ortsgruppe werden erucht, dieselbe zu besuchen. Punkt 7 Uhr Mitglieder-Vorversammlung. Frauen sind willkommen. Verhandlungsvorsitzender Kollege Wierber und Kollege Winter werden anwesend sein. Duisburg I. Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Klippers, Wanneheimerstraße 61. Vortrag: Versicherungsangelegenheit und Arbeiterichtung. Duisburg-Großenbaum. Sonntag, 26. Oktober, nachm. 5 Uhr bei Bräutigam Tagesordnung: Konsumvereine. Die Frauen sind besonders eingeladen.

Essen. Die Mitglieder, Sektionsvorstände und Vertrauensmänner werden auf jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindenden Unterrichtskursus aufmerksam gemacht. Bitte aller in der Bewegung tätigen Kollegen ist es, an diesen zur Aufklärung über die aktuellen Fragen unserer Bewegung dienenden Vorträgen vollständig und pünktlich teilzunehmen. Die Ortsverwaltung.

Essen. Klempner. Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 11 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Trochauerstraße 19. Essen-Worbeck-Schneebeck. Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Hausmann, Essenerstraße.

Essen-Alteneissen. Sonntag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Esser, Hammerstraße. Essen-Sortrop. Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Troasemann. Essen. Schlosser und Schmiede des Kleingewerbes. Samstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Trochauerstraße.

Essen-Polsterhausen. Sonntag, den 1. November, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Budner, Sobelsteinstraße 8 Uhr bei Meschede. Geisenkirchen-Hüllen. Samstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr bei Nachbarschule.

Geisenkirchen (Ortsverwaltung). Samstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr allgemeine Mitglieder-Versammlung bei Dietel. Referent Kollege Klost, Essen. Juggelstadt. Samstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung. Vortrag über das Thema: Wie stärken wir unsere Ortsgruppe? - Der jetzige Vorsitzende Michael Meichenberger mohn: Schleifmühle 3, 8 Stg.

Karlruhe. Sonntag, den 1. November, vormittags 10 1/2 Uhr Quartals-Generalversammlung mit Vortrag des Bezirksleiters Kollege Thelen. Ortsgruppe Kalk. Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Schorob. Wichtiger Vortrag, alle erscheinen.

München. Samstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr im Kolliegarten, Schwannhallerstraße 18, Monatsversammlung mit Vortrag über „Jugendorganisation.“ Referent H. H. Hebbauer Schiela. - Sonntag, 1. November, vormittags 10 Uhr im Kolliegarten Delegierten- und Vertrauensmänner-Versammlung. Neustadt a. d.ardt. Nächste Versammlung findet am Samstag, 31. Oktober, abends 9 Uhr im Lokale „Sebastian am Strohmart“ statt. Vortrag des Kollegen Bernzott über die bevorstehenden Gewerbeperichsmaßfen.

Nürnberg. Jeden ersten Samstag im Monat Versammlung im goldenen Schwan, Erbsenplatz. Unterstützungen werden im Sekretariat, Köhnstraße 50, ausbezahlt. Schwelbuth. Sonnabend, den 7. November 1908, abends 8 Uhr, im Waldschloß Vortrag des Karlelvorsitzenden Kollegen Sauer aus Schweidnitz.

Siegburg. Sonntag, den 25. Oktober, morgens um 10 Uhr im Restaurant Minoriten Mitglieder-Versammlung. Schwelm. Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr im Viktoriahalle, Kölnersstraße, großes Gewerkschaftsfest. Festredner Bezirksleiter Kollege Broich, Düsseldorf. Schramberg. Am 24. Oktober Versammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Während der Wintermonate präzise abends 8 Uhr.

Bilanz

des Konsumvereins „Selbsthilfe“ Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Feintrop. Geschäftsjahr vom 1. September 1907 bis 31. August 1908.

Table with columns Aktiva and Passiva. Aktiva: Kassenbestand am 31. August 1908, Guthaben der Sparkasse Vorbeck, Rinsen, Forderung an Mitglieder, Voransch auf Rückvergütung, Guthaben der Sparkasse Vorbeck (Heimsparkasse), Kassenbestand der Heimsparkasse, Rinsen, Warenbestand zum Einkaufspreis. Passiva: Geschäftsguthaben der Mitglieder, Rinsen für voll eingezahlte, Geschäftsanteile, Reservekasse, Einzahlbeleg, Dispositenkasse, Waren-Guthaben, Sparguthaben der Mitglieder I, II, Heimgenossin.

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder beträgt 4508,60 Mk. Die Passivumme der Mitglieder beträgt 5430,00 Mk. Mitgliederbewegung: Bei Beginn des Geschäftsjahres waren 161 Mitglieder im Laufe des Jahres traten bei 28, Ausgeschlossen sind 8, Zusammen 189, Bleiben 181 Mitglieder.

Feintrop, 12. September 1908. Der Vorstand: H. Braukmann, Goren, Bruns, Senle, Th. Braukmann. Der Aufsichtsrat: Brechmann, Hoff, Rillen, Klasterking, Doerlam.